

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 Eintragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonnenbreite 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey, Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Mehr Agitation!

Die Agitation ist das erste Mittel, das dem Verband die Erfüllung seiner Aufgabe ermöglicht. Dies festzuhalten ist notwendig angesichts der Tatsache, daß immer noch eine ganze Reihe unserer Zahlstellen die Agitationsarbeit vernachlässigen, daß sie nichts oder doch nur sehr wenig tun, um der Zweckbestimmung des Verbandes zu genügen, und zwar so zu genügen, daß eine Erfolgsmöglichkeit gegeben ist. Es ist merkwürdig: So einfach die Forderung nach mehr Agitation ist, so leicht die Gründe hierfür verstanden werden auch von denjenigen, die — in diesem Sinne — als Sünder vor dem Herrn angesprochen werden müssen, befolgt werden die ständigen Mahnungen nur in absolut unzulänglichem Maße. Wäre es anders, dann könnten nicht eine ganze Reihe unserer Zahlstellen stagnieren oder zurückgehen oder gar, was uns als das Übelste erscheint, die Verbandsarbeit am verbrehten Ende anfangen. Oder ist es etwa gesunde gewerkschaftliche Praxis, wenn man hier oder da Lohnbewegungen in Szene setzt, um Mitglieder zu gewinnen, anstatt erst Mitglieder zu werben und dann an die Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse heranzutreten?

Von diesem Standpunkte aus betrachtet, ist es denn auch ganz natürlich, daß uns eine gute und anhaltende Mitgliederzunahme mit besonderer Freude erfüllen muß. Je größer diese ist, um so größer ist auch die Aussicht auf Anerkennung der im Interesse der Mitglieder gestellten gewerkschaftlichen Forderungen durch den Unternehmer: eine Tatsache, der man eigentlich nicht erst noch besonders Erwähnung zu tun braucht, gehört sie doch zum ABC der Gewerkschaftspraxis. Zwar ist die äußere Entwicklung, die unser Verband in der letzten Zeit genommen hat, zufriedenstellend. Was aber auch hier konstatiert werden muß, das ist, daß diese Entwicklung sich nicht gleichmäßig über den gesamten Verband erstreckt, sondern daß es immer nur einzelne Glieder in unserem Organisationsgebilde sind, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Es ist überflüssig, im einzelnen darzutun, wo jene Glieder zu finden sind. Unser Verband hat sich nun nicht damit bescheiden, sich in den einmal eroberten Gebieten durchzusetzen und um seine Anerkennung zu ringen, sondern er verstand es im Verhältnis zur Schwierigkeit der Materie mit vielem Erfolg, in die Gebiete einzudringen, die gewerkschaftlichen Bestrebungen noch absolut ablehnend gegenüberstehen. Daß wir bei der Eroberung neuer Gebiete in dem Unverständnis der Unternehmer den besten Helfer fanden, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Die teilweise noch vorfindlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die jene unter allen Umständen aufrechterhalten wollen, treiben die unter ihnen darbedenden Arbeiter und Arbeiterinnen in die gewerkschaftliche Organisation hinein.

Und doch! Selbst wenn wir uns mit der Tendenz unserer Mitgliederzunahme zufrieden erklären müssen, so steht doch fest, daß sie noch ungleich größer sein könnte, wenn alle unsere Mitglieder der ihnen ganz selbstverständlich obliegenden Pflicht genügen und sie sich alle an der Agitationsarbeit beteiligen würden. Da brauchen wir noch nicht einmal so weit zu gehen und zu verlangen — um bei dem landläufigen Beispiel zu bleiben —, daß jedes Verbandsmitglied im Laufe eines Jahres auch nur einen unorganisierten dem Verbands zuführen soll. Es würde vielmehr schon mehr als reichlich empfunden werden, wenn sich auch nur die zu einer Agitationsarbeit besonders Befähigten zur Verfügung stellen würden. Der übrige Teil sollte auf seine Art agitatorisch tätig sein, indem er gleich jenen durch Vorbildliches Verhalten in den Betrieben, in den Versammlungen und auch im privaten Verkehr zeigt, daß er sich seiner Würde als gewerkschaftlich organisierter Kollege (oder Kollegin) bewußt ist. Wer wollte leugnen, daß gerade hier noch sehr viel gesündigt wird? Wer Gelegenheit hat, das Verhalten einzelner zu beobachten, wird mit uns einer Meinung sein, daß ein einziger von der angeedeuteten Qualität die Agitationsarbeit vieler wirklich Tätigen zunichte machen kann und schon gemacht hat. Nun kann aber eine Gewerkschaft niemals die penälich genaue Aufsicht halten, die notwendig wäre, um solche Elemente fernzuhalten. Müßige Schafe wird es immer geben, und auch die Gewerkschaften, diese Massenbewegungen, bleiben nicht frei davon. Auch da heißt es, durch moralisches Einwirken die gute Seite zu wecken, eine Aufgabe freilich, die nicht leicht und nicht jedermanns Sache ist.

So aber, wie einzelne, selbst Organisierte, alle Agitationsarbeit hemmen und hindern können, so kann das gleiche geschehen durch unzulässige Versammlungen. Hier sind es in der Regel auch wieder nur diese einzelnen, die durch übertriebene Höflichkeit den tätigen Personen das Leben so sauer wie nur irgend möglich zu machen trachten. Berechtigte Kritik wird niemand unterbinden wollen, aber da gehen eben die Ansichten sehr weit auseinander, was als berechtigte, was als unberechtigte Kritik anzupprechen ist. Hier leistet man die beste Agitationsarbeit, wenn man eine Kritik überflüssig zu machen bestrebt ist. Dazu ist notwendig, daß die Versammlungen so interessant gestaltet werden, als dies nur möglich ist. Belehrende Vorträge halten zu lassen, ist heute jeder Zahlstelle möglich. Nicht nur, daß keimende Kräfte in den eigenen Reihen gesucht, gemäht und gefördert werden sollten, in jedem Orte finden sich Gesinnungsgenossen und -genossinnen, die sich zur Verfügung stellen, wenn sonst Not am Manne ist. Allerdings hüte man sich davor, nur „große Kanonen“ reden zu lassen. Obgleich diese sehr oft auch keine größeren Weisheiten von sich geben als der Durchschnittsredner, so erschwert man doch das Heranbilden der Kräfte aus den

eigenen Reihen ganz ungemein. Nicht ein Name oder Titel soll uns belehren, sondern der Inhalt der gemachten Ausführungen. Darum muß man auch die Agitationsarbeit verrichten nennen, wenn eine Zahlstellenleitung es versteht, den hier angebotenen Fatalitäten aus dem Wege zu gehen, dafür aber die schlummernden Kräfte der eigenen Kreise zu wecken. Daß auch in angemessenen Zwischenräumen, vor allem aus geeigneten Anlässen heraus, besondere Agitationsversammlungen abgehalten werden sollen, mag nicht vergessen sein. Doch versteht es sich von selbst, keine übertriebenen Hoffnungen auf diese zu setzen. Sie vermögen wohl anregend zu wirken, wohl auch das Feuer der Begeisterung zur hellen Flamme zu entfachen, aber — in der Regel ist es Strohschnee, das bald wieder zusammenfällt und nichts hinterläßt als ein Häufchen Schutt und Asche.

$$210\ 000 \times 2 = 420\ 000!$$

Ein ganz einfaches Exempel! Was soll es sagen? Daß wir am Ende dieses Jahres 420 000 Mitglieder haben könnten, wenn jedes jetzt vorhandene Mitglied den festen Vorsatz faßt, in diesem Jahre mindestens ein Mitglied für den Verband zu gewinnen und diesen Vorsatz auch ausführt.

Es ist aber spottleicht, einen solchen Vorsatz zu fassen, und es ist ebenso leicht, ihn auszuführen. Nur der Wille, der unerschütterliche Wille muß vorhanden sein.

Bei aller unserer Agitationsarbeit ist natürlich eines nicht zu vergessen: Es kann sich für uns nicht nur darum handeln, möglichst viele der unorganisierten unserer Verbände zuzuführen. Wir müssen vielmehr auch darauf bedacht sein, die Gekommenen zu halten. Dies ist eine Aufgabe, man ist versucht, zu sagen: schwerer als die reine Agitation unter den Indifferenten. Schwerer vornehmlich deshalb, weil hierbei mehr persönliche Arbeit erfordert und weniger praktische Erfolge zeigt. Denn wenn ein Mitglied dem Verbands erhalten bleibt, dann ist nicht zweifelhaft zu sagen, ob es aus innerer Überzeugung geschieht, oder nur infolge der ständigen Bearbeitung durch unsere Agitationsfunktionäre. Besonders wichtig ist die Beeinflussung der neu eintretenden Mitglieder im ersten Mitgliedsjahr. Wenn erst einmal ein junges Mitglied unterstützungsberechtigt wird — und dies wird es bekanntlich schon nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung —, dann denkt es in der Regel nicht so schnell an ein Wiederausscheiden. Wohl kann man diese Fluktuation mindern, damit allerdings zu gleicher Zeit auch den Zustrom zur Organisation, wenn man bei aller Agitation nicht die materielle, sondern die ideale Seite in den Vordergrund rückt. Bei dem dem Menschen angeborenen Egoismus ist es allerdings eine fast aussichtslose Sache, lediglich mit dem Idealismus operieren zu wollen. Deshalb muß man den Menschen nehmen wie er ist, und darum sind zum Teil ja auch die gewerkschaftlichen Unterstützungsleistungen geschaffen worden, durch die dem Organisierten etwas geboten werden soll. Selbstverständlich nur zum Teil, und zwar zum kleineren. Die ausschlaggebenden Motive waren eben doch andre.

Wenn wir mit diesem unsern kurzen Streifzug durch unser Agitationsgebiet abschließen, dann geschieht dies in der Gewißheit, noch lange nicht alles das gesagt zu haben, was zu sagen notwendig ist. Aber schon das Angeführte wird zeigen, daß eine zweckbewußte Agitation eine Unsumme von Arbeit mit sich bringt, zu deren Bewältigung alle verfügbaren Kräfte angepannt werden müssen. Manderlei Wege werden innerhalb unseres Verbandes eingeschlagen, um diese Unsumme von Arbeit zu leisten. Hier sind es besondere Agitationskommissionen (von denen ein Teil ihre Arbeit damit erledigt glaubt, wenn sie von Zeit zu Zeit Sitzungen abhält), dort ist es der Zahlstellenvorstand, der die Arbeiter zu erledigen hat, und wieder anderwärts ist es die ausgebreitetste Branchengliederung, die dem gleichen Zwecke dient. Da richtet es sich immer nach den örtlichen Verhältnissen, welcher Weg begangen wird. Eine intensive und regelmäßige Stütze findet aber alle Agitationsarbeit in den Publikationen unseres Verbandes in der Zeitung, den Agitationsbroschüren und Flugblättern. Selbstverständlich ist Grundbedingung, daß man alle diese offiziellen Publikationen, die ein überreiches Agitationsmaterial enthalten, auch verwendet. Damit hapert es aber vielfach. We ersticklich, sind es eine ganze Reihe Fragen, die zu dem Punkt Agitation angeschnitten werden können und hier auch berührt sind. Mögen sie aufmerksame Leser und eine sachliche und fruchtbare Diskussion finden.

Das Risiko der Arbeit.

Auf dem Schlachtfelde der Arbeit fallen weit mehr Opfer als im Kriege. Zwar rafft der Krieg oft Tausende in wenigen Stunden dahin, aber er ist kein gesellschaftlicher Normalzustand; er wiederholt sich erst in Jahren oder Jahrzehnten. Auf dem Schlachtfelde der Arbeit aber fallen die Kämpfer Stunde um Stunde, jahraus, jahrein. Im Kriege hält der Tod zwar reiche, aber doch immerhin seltene Ernte, in den Gefilden der modernen Industrie mährt er Tag um Tag in breiten Schwaden. Im Kriege 1870/71 wurden rund 40 000 deutsche Soldaten getötet, in der deutschen Industrie seit 1886, also in 25 Jahren, rund 1 000 000, also dreimal soviel als im Kriege. Und die Zahl der Verletzten geht in jedem Jahre in die Hunderttausende. Den Rekord in der Zahl der gemeldeten Unfälle hat, wie die soeben erschienenen amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts ausweisen, das Jahr 1911 erreicht. In diesem Jahre wurden allein bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften nicht weniger als 520 229 Unfälle angemeldet. Das sind 36 000 mehr als im Jahre 1910. Insgesamt, also bei gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, wurden 716 584 Unfälle angemeldet gegen 672 961 im Jahre 1910. Die Zunahme beträgt mithin über 43 000. Das ist fürwahr ein erschreckendes Resultat und eine drastische Illustration zu der beliebten Rechtfertigung des Unternehmerrückgewinnes als Risiko-prämie. Die Zahlen zeigen, wer das Risiko in unserm Wirtschaftsleben trägt und wer mithin Anspruch auf eine Risiko-prämie hat.

Von den 520 229 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften gemeldeten Unfällen wurden nur 70 423, das sind reichlich 13 Prozent, entschädigt. Der Rest geht zu Lasten der Krankenkassen, soweit die Folgen nicht ohne ärztliche Hilfe behoben werden können. Die Zahl der im Jahre 1911 Getöteten betrug 5832 gegen 5292 im Jahre vorher. Das ist eine Steigerung um 540 gleich rund 10 Prozent. Diese erhebliche Vermehrung der Todesfälle ist umso bemerkenswerter, als die beiden vorhergehenden Jahre einen nicht unerheblichen Rückgang brachten. Das Jahr 1911 aber brachte wieder eine Todesziffer, die seit Bestehen der Unfallversicherung nur zweimal, (in den Jahren 1907 und 1908) erreicht hat. Überschritten wurde. Obwohl die Zahl der gemeldeten wie der entschädigten Unfälle und der Todesfälle nicht unerheblich gestiegen ist, hat die Zahl der Unfälle mit dauernder Erwerbsunfähigkeit abgenommen. Diese Abnahme ist jedoch nur scheinbar; sie erklärt sich aus der veränderten, für die Verletzten ungünstiger gewordenen Entscheidung und Rechtsprechung der Versicherungsinstanzen. Genau wie bei der Invalidenversicherung wird auch bei der Unfallversicherung mit immer größerer Ungleichheit darüber gewacht, daß ja nicht etwa ein verunglückter Arbeiter einen Pfennig zu Unrecht erhält. Es geht nach dem Grundsatz: Lieber 10 Renten zu Unrecht entziehen, als eine zu Unrecht bewilligen. Tausende von Arbeitern werden mit einer kurzfristigen Entschädigung abgefunden, obwohl sie dauernde Schäden erlitten haben. Sie „gewöhnen“ sich halt an den Verlust einiger Finger oder an andre Verletzungen! Wollen sie aber nicht so ohne weiteres einsehen, daß sie eigentlich verpflichtet sind, einen mehr oder minder erheblichen Teil ihrer Glieder auf dem Schlachtfelde der Arbeit und zu Ehren des Gottes Mammon ohne Murren und ohne jede Entschädigung zu opfern, so diagnostizieren dienstwillige Helfer des Kapitals auf Rentenleuse. Und eifrige Professoren schreiben Bücher über die „unerwünschten Folgen unserer Sozialpolitik“.

Ueber die für unsern Verband als Ausbreitungsgebiet in Betracht kommenden Industriezweige bringen wir nachstehend etwas eingehendere Auszüge und Vergleiche. Zunächst eine Tabelle über die Zahl der beschäftigten Arbeiter und der gemeldeten Unfälle. Als Beschäftigte ist die Zahl der Vollarbeiter angegeben, um Vergleiche zu ermöglichen. Man berechnet auf 1 Vollarbeiter 300 Arbeitsschichten im Jahr; es wird also z. B. für die Ziegeleien nicht die Zahl der in der Kampagne beschäftigten Arbeiter angegeben, sondern die Zahl der überhaupt geleisteten Arbeitsschichten geleistet durch 300.) Die Zahlen für 1910 sind zum Vergleich mit angeführt.

Berufsgenossenschaft	Vollarbeiter		Gemeldete Unfälle		Entschädigte Unfälle	
	1910	1911	1910	1911	1910	1911
Ziegelei-der chem. Industrie	189 659	194 791	6 580	6 799	1 609	1 486
Papiermacher-Fuderer	230 446	237 305	13 006	13 914	1 776	1 818
der Holzerei, Brennerei-und Stärke-Industrie	89 603	91 200	4 267	4 689	84	837
	54 952	50 803	2 374	2 205	468	502
	52 480	53 629	1 746	1 907	373	340
Insgesamt	617 170	627 727	27 974	29 594	5 030	4 983

Die Tabelle zeigt dasselbe Bild wie der Gesamtbericht. Die Zahl der Vollarbeiter stieg um 10 557, die Zahl der gemeldeten Unfälle um 1620, entschädigt aber wurden noch 47 Unfälle weniger. Der Hauptteil dieser Rentenleuse fällt allerdings auf die Ziegelei-Berufsgenossenschaft, die 219 Unfälle mehr hatte, aber 123 weniger entschädigte als 1910. Die drei nächsten Berufsgenossenschaften haben eine Steigerung der Zahl der entschädigten Unfälle; die Berufsgenossenschaft der Zuckerindustrie hat sogar mehr Entschädigte, obwohl die Zahl der gemeldeten Unfälle

bei ihr zurückgegangen ist. Die nächste Tabelle berichtet über die Folgen der Unfälle.

Table with 6 columns: Berufsgenossenschaft, Tot (1910, 1911), Erwerb-unfähig (dauernd, vorübergehend) (1910, 1911). Rows include Ziegelei, chem. Industrie, Papiermacher, Jucker, Wollerei, Brenner- und Stärke-Industrie.

Diese Tabelle ermöglicht einen Schluß auf den Grad der Rentenquetscherei. Sie zeigt zunächst, daß die Zahl der Todesfälle, also derjenigen Unfallfolgen, die nicht so leicht umzudeuten oder wegzuleugnen sind, um 47 gleich 13 Prozent gestiegen ist.

Table with 5 columns: Berufsgenossenschaft, Zahl der Rentenempfänger (1910, 1911), Bezahlte Renten in Mark (1910, 1911), Durchschnittlicher Betrag einer Rente pro Tag (1910, 1911). Rows include Ziegelei, chem. Industrie, Papiermacher, Jucker, Wollerei, Brenner- und Stärke-Industrie.

Die Zahl der Rentenempfänger ist in der Papiermacher-Berufsgenossenschaft um ganze 26 gestiegen, in allen übrigen Berufsgenossenschaften gesunken. Gesunken ist auch die insgesamt ausbezahlte Rentensumme.

Durchschnittlicher Jahreslohn pro Vollarbeiter:

Table with 6 columns: Berufsgenossenschaft, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911. Rows include Ziegelei, chem. Industrie, Papiermacher, Jucker, Wollerei, Brenner- und Stärke-Industrie.

Der Durchschnittslohn ist demnach gegen 1910 in allen Berufsgenossenschaften gestiegen. Am meisten in der chemischen Industrie, am wenigsten in den Wollereien, Brennerereien usw.

Aus dem Reichstage.

In der abgelaufenen Woche fand die zweite Lesung des Marineetat's ihre Bewilligung. Dabei wurden noch einmal die ungeheuren Kosten, welche die Flotte...

verarbeiten als doppelte Fliegenlarve benutzt werden: einmal zur Begrüßung der Wirtschaftslage der mittleren Städte, dann erwartet man ein Juridiktur der Soldaten nach ihrer Heimatscholle.

Nach den kleinen Garnisonen kam wieder der Marineetat und als Rest des Eingeborenenrechts, Verbannung der Eingeborenen und die Baumwollkultur eine wichtige Rolle.

Der Etat, der bis zum 1. April verfassungsgemäß fertiggestellt sein soll, ist natürlich nicht fertig.

Ein Lob der agitatorischen Kleinarbeit.

Ein herrlich Ding ist der Heldentod für eine große Sache. Alle Achtung und Ehre für die Helden, die Blut und Leben ihrer Ueberzeugung furchtlos ohne Zaudern opferten!

Arbeiten Tag für Tag ohne Raft, ohne Ruh; mit stetem Tropfen den Stein höhlen, der sich menschliche Gleichgültigkeit nennt; der Gegenstand von Schmähung und Verfolgung sein; Gefinnungsgenossen gewinnen Mann bei Mann, Streiter um Streiter, und sie dann festhalten, einig organisiert, diszipliniert; sein Ohr nicht leihen den Intrigen und Verleumdungen; fähig sein, sich fernzuhalten von all der menschlichen Kleinlichkeit und Nichtigkeit, die in unser Herz Neid, Haß, Langeweile träufeln könnten; ohne Ruh, ohne Raft leben im Dunkel der Unberühmtheit, der großen Masse, und dann geräuschlos sterben - im Hospital vielleicht - vergessen, begraben, vom Tode - dies alles vollbringen und all das ertragen, ohne den Mut zu verlieren, ohne lau und lässig zu werden im Kampfe, aber leben für ein solches Ideal - das, glaube ich, ist größer, erhabener, schöner als ein geräuschvoller Heldentod.

Und so man mir sagt, einer sei gestorben oder sei tätig zu sterben für die Arbeiterbewegung, so neige ich mein Haupt in Achtung vor denen, die den Mut und die sittliche Kraft haben, zu leben für unsere Sache.

E. Millé.

Zur Organisationsfrage in der keramischen Industrie.

Der Gedanke „Zentralisation“ - Vereinigung von Berufsverbänden zu starken Industrieverbänden - gewinnt immer mehr Boden. Diese „Proletarier“ haben zwei Kollegen den Zusammenschluß der Zöpfer, Porzellan-, Glas- und Fabrikarbeiter empfohlen.

Unter den Verbänden der Zöpfer, Glas- und Porzellanarbeiter sind Bestrebungen zur Verschmelzung dieser drei Verbände vorhanden. Die Durchschnittszahlen der Mitgliedschaft der drei Verbände betragen circa 48 000 Mitglieder.

Zu dieser Beziehung wird in der modernen Arbeiterbewegung noch sehr viel gesprochen. Ein Schaden dürfte es nicht sein, wenn die General- und Einzelgewerkschaften sich mit diesen Fragen beschäftigen.

General-Kommissionsmitglieder streng darüber wachen, daß die Grenzen nicht verletzt werden. Die General-Kommission dürfte dadurch einen Einblick bekommen, wie es in den verschiedenen Orten und Bezirken Deutschlands aussieht.

Internationales.

Die Betriebsorganisation marxiert!

In Schweden haben sich die Verbandstage der Bäcker und Schuhmacher für die Betriebsorganisation entschieden. Der Schuhmacherverband will sich konstituieren als ein Verband der Schuhwaren- und Lederindustrie.

Von den norwegischen Gewerkschaften.

Die norwegischen Gewerkschaften schlossen das Jahr 1912 mit einer Mitgliederzahl von 60 829 ab, darunter 7193 Halbmitglieder, in der Hauptsache Arbeiterinnen. Die gewerkschaftliche Organisation in Norwegen wird zurzeit beunruhigt durch die Bestrebungen der liberalen Regierung auf Einführung des obligatorischen Schiedspruches bei Arbeitskonflikten.

Die Gewerkschaftsmarke.

Der letzte schottische Gewerkschaftskongreß sprach sich entschieden für die Einführung des „Labels“, der Gewerkschaftsmarke, aus. Durch diese Marke sollen die unter gewerkschaftlichen Bedingungen hergestellten Waren kenntlich gemacht werden.

In England benutzt besonders die Organisation der Schuhmacher das Label („Label“), nach ihren Berichten sogar mit gutem Erfolg. Neuerdings haben auch die belgischen Zigarrenmacher eine eigene Gewerkschaftsmarke eingeführt, die auf alle in tarifreuen Betrieben hergestellten Waren bzw. Zigarrentippen aufgelegt wird.

Zunächst entsprang der Gedanke des Labels dem Bedürfnis der jungen Gewerkschaften nach Schutz gegen die Preisdrückerei, wie sie die Beschäftigung der Arbeiter und Chinesen wie auch anderer Einwanderer aus rücksichtsloseren Gegenden dem Unternehmertum ermöglichte.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Verleumdungsflug der Scharfmacherpresse gegen die Gewerkschaftsbewegung.

Die Versuche, die gewerkschaftlichen Organisationen durch verleumderische Behauptungen in Mißkredit zu bringen, haben sich in der Scharfmacherpresse in letzter Zeit derart gehäuft, daß es nicht mehr angängig ist, auf die einzelnen Artikel und Notizen einzugehen.

In Nr. 99 der „Kreuz-Ztg.“ vom 28. Februar d. J. wird aber eine verleumderische Behauptung aufgestellt, die nicht unbeachtet bleiben darf. Es liegt im Allgemeininteresse, daß ein Gerichtsstelle festgestellt wird, ob das Behauptete der Wahrheit entspricht oder zu dem Zwecke veröffentlicht worden ist, die öffentliche Meinung irre zu fähren.

In der erwähnten Notiz der „Kreuz-Ztg.“ wird über „Ausnutzung der paritätischen Arbeitsnachweise durch die Sozialdemokratie“ und über „Sabotage“ geschrieben und am Schluß gesagt:

„Die Sabotage dagegen wird, wie es in der Natur der Sache liegt, heimlich betrieben. Sie besteht ja darin, daß Arbeiter unter Einhaltung der Arbeitszeit ihre Tätigkeit so verrichten, daß sie das ihnen übertragene Werk beschädigen, statt es zu fördern. Wie schon der Name lehrt, ist diese Art gewerkschaftlicher Praxis vom Auslande zu uns importiert worden. Wird die Sabotage bei uns darum bis jetzt auch noch mit Zurückhaltung ausgeübt, so ist doch nicht zu bestreiten, daß sie den Kampfsmitteln der „freien“ Gewerkschaften eingereicht ist. Die rote Presse leugnet diese Tatsache. Es dürfte ihr aber nicht unbekannt sein, daß unter den Vertrauensmännern der roten Gewerkschaftsbewegung ein Zeitfaben zur Ausübung der Sabotage verbreitet worden ist. Darin ist beispielsweise ausgeführt, wie Gliesenleger zu arbeiten haben, damit die Hefen sich nach kurzer Zeit werfen; wie bei der Legung von Gas- und Wasserrohrleitungen zu verfahren ist, um möglichst viel unbrauchbare Rohrstücke zu erzielen, und so gibt es für ziemlich alle Berufe ähnliche Anweisungen. Nach den jetzigen sozialdemokratischen Behauptungen müßte dieser geheime Zeitfaben ein Märchenbüchlein sein. Aber er wird doch vollkommen ernst genommen. Vielleicht erfahren wir gelegentlich von der Sozialdemokratie, was mit der Verbreitung dieser Schrift beabsichtigt ist.“

Unter „freie Gewerkschaften“ versteht man in Deutschland allgemein die der unten genannten Kommission angehörenden Zentralverbände, die gegenwärtig 2 1/2 Millionen Mitglieder haben. Nach den in der „Kreuz-Ztg.“ und ähnlichen Blättern beliebten Redewendungen wird auch auf diese Verbände die Bezeichnung „rote Gewerkschaftsbewegung“ angewandt.

Es habe demgegenüber zu erklären, daß seitens dieser Verbände weiter Sabotage geübt noch propagiert ist und daß unter den Vertrauensleuten dieser Gewerkschaften ein „Zeitfaben zur Ausübung der Sabotage“ nicht verbreitet worden ist.

Sind die vorgenannten Zentralverbände in der Notiz der 'Freie Zeitung' gemeint, so erkläre ich, daß es sich bei dieser Behauptung um eine gemeine Verleumdung handelt...

C. Legien,

Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Eine Werftarbeiter-Konferenz.

In Hamburg traten am Sonntag, dem 2. März, 144 Delegierte und Vorstandsvertreter der Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maschinenbau- und Eisenerz, Kupfer- und Zinn, Schiffbau- und Fabrikarbeiter aus den verschiedenen Werftarbeiter zu einer Konferenz zusammen...

Ob man in der Schwäbischen Alb oder in der Bodenseeregion, im Schwarzwald oder am Neckar diese fleißigsten Fabrikproleten antrifft, allerorts sind sie der Meinung, daß sie eben um einen geringeren Lohn arbeiten können, weil sie noch ein 'Gülden' haben, das ihnen ein bißchen zum Lebensunterhalt abwirft.

Diese Arbeiterklasse opfert jährlich jahrein dem jeweiligen Unternehmer, der sich so einen stillen 'Lohn' ausgedient hat, den Ertrag ihres Arbeitsvermögens, ohne etwas Besonderes dabei zu denken...

Wenn also auch nicht befriedigend, so ist es aber doch vorwärts gegangen im Jahre 1912. Am Schlusse des vierten Quartals 1911 betrug die Mitgliederzahl 7908, am Schlusse des vierten Quartals 1912 8644, ein Mehr von 836.

Gesamtsumme: 60 155,19 Mk. Was aus den Vorkassen ausgezahlt wurde, ist in dieser Summe nicht enthalten.

In der Agitation dürfte noch manches besser sein. Durch die Lohnbewegungen und Erledigung der Differenzen aller Art wird dem Gausleiter ein großer Teil der Zeit weggenommen...

Wenn so auch noch manches zu wünschen übrig bleibt, so kann doch gesagt werden, daß die Kollegen im allgemeinen taten, was unter Berücksichtigung der Verhältnisse möglich war...

Es geht nicht vorwärts

mit dem Verband, wenn alle die Hände in den Schoß legen, oder wenn immer nur einige wenige sich abmühen und die große Masse der Mitglieder derwelle hoffnungs-

Es geht vorwärts

wenn alle Hand anlegen, wenn jeder auf seinem Platz und nach seinem Vermögen mithilft in der agitatorischen Kleinarbeit für den Verband.

Die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie sind nunmehr so ziemlich auf der ganzen Linie abgeschlossen. Bei der Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den örtlichen Vertretern ist in fast allen Orten eine Verständigung erfolgt.

Im Malergewerbe

Ist es zur Aussperrung gekommen. Allerdings kommen die Meister dem Aussperrungsbeschlusse nicht einmütig nach. Zahlreiche Meister sind mit der Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Unternehmerorganisation nicht einverstanden...

Der Verband der Zimmerer im Jahre 1912.

Die Mitgliedersteigerung, die im Zimmererverband schon im Jahre 1911 einsetzte, hat auch im Jahre 1912 angehalten. Die Mitgliederzahl betrug 1912 im Jahresdurchschnitt 63 409 gegen 59 268 im Jahresdurchschnitt 1911 und 54 549 im Jahresdurchschnitt 1910.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Aussperrungen bestehen in Bitterfeld, Breslau (Ziegelei und Düngefabrik), Braunschweig (Wandplattenfabrik), Köthen (Chemische Fabrik), Köslitz i. Anh. (Chemische Fabrik), Fürth i. V. (Büchsenfabrik), Greiffenberg i. Schl. (Düngerfabrik), Hamburg (Guanowerke), Seidingsfeld (Ziegelei), Memel (Holzindustrie), Worms (Chemische Fabrik).

Zug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten. Einigen schönen Erfolg errangen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Rath und Weib. Zuckerraffinerie in Köln, bei der die dreijährige Lohnbewegung seit dem Jahre 1905 hatte hier keine Erhöhung der bestehenden Löhne stattgefunden.

Der Gau 11 im Jahre 1912.

Nicht alle Hoffnungen, die wir auf das Jahr 1912 bezüglich der Entwicklung unserer Organisation im Gau setzen, haben sich erfüllt. Wir hoffen, daß es uns möglich sein würde, die Mitgliederzahl auf 10 000 hinaufzuführen, was leider nicht gelang.

nicht erzielt wurde. Von den Bewegungen hatten 14 vollen, 26 teilweisen, 2 keinen Erfolg für die Arbeiter. Es wurde erreicht: für 598 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 1478 Stunden wöchentlich, pro Kopf und Woche 2,4 Arbeitsstunden, an Lohnverhöhung für 2958 Personen ein wöchentliches Mehrlohn von 4988 Mk., pro Kopf und Woche 1,68 Mk. Auf ein Jahr umgerechnet ergibt sich die Summe von 269 121 Mk. oder pro Kopf und Jahr 87,80 Mk.

Die Dauer des Streiks schwankt zwischen einem Tage und acht Wochen, die Mehrzahl war nach kürzerer Dauer erledigt, während in zwei Fällen - Ziegeleien und Schamottfabrik - auf beiden Seiten äußerst hartnäckig gekämpft wurde.

In der Chemischen Fabrik Karlsruhe-Rheinhausen wurde ein Abwehrstreik geführt, welcher den Zweck hatte, endlich einmal mit der schändlichen Behandlung, die die Arbeiter erdulden mußten, aufzuräumen.

Neben den für die Kollegen herausgeschlagenen Lohnverhöhungen, die fast 100 000 Mk. mehr ausmachten, als was im ganzen Gau an Beiträgen für 1912 bezahlt wurden, kam den Mitgliedern eine ganz bedeutende Summe an Unterstützungen zugute.

Der Gau 15 (Stz Hamburg) im Jahre 1912.

Das Jahr 1912 nahm im allgemeinen für den Gau 15, soweit Lohnbewegungen in Frage kommen, einen befriedigenden Verlauf, wegen der Mitgliederbewegung in demselben Zeitschnitt unserm Erwartungen keineswegs entspricht.

Ein derartiges Resultat dürfte kaum geeignet sein, bei den agitatorisch tätigen Kollegen das Gefühl der Befriedigung auszulösen und - was noch wichtiger ist - den nötigen Eifer für spätere Aktionen zu erwecken.

Die Zahl der abgereisten Mitglieder erhebt sich auf den ersten Blick als etwas zu hoch bemessen. Wenn man aber die Schwankungen des Bestandes in Zahlstellen mit Saisonbetrieben, wie Ziegeleien, Holzjuder, Düngerg-, Zementfabriken usw., berücksichtigt, wenn man ferner in Betracht zieht, daß ein erheblicher Teil Mitglieder als unbekannt bezogen in der Statistik 'abgereist' erscheint, so wird auch zukünftig mit Zahlen in ähnlicher Höhe zu rechnen sein.

Ganz anders dagegen liegen die Dinge mit den ausgetretenen und ausgegliederten Mitgliedern, deren Zahl als geradezu enorm bezeichnet werden muß; hier lohnt es sich schon, nach geeigneten Mitteln Umschau zu halten, die der Fluktuation einen Damm entgegenzusetzen könnten.

Die Wahl einer solchen Kommission unterzüglich vorzunehmen und die Mitglieder derselben mit ihren Aufgaben vertraut zu machen, ist daher die unumstößliche Pflicht der Zahlstellenleitungen.

Verklärung für 1133 Kollegen von 3 Stunden, für 439 Kolleginnen von 2 1/2 Stunden im Durchschnitt und pro Woche erreicht. Nur in zwei Fällen vertiefte die Angriffsbewegungen resultatlos, auch mußten ausfalligen Gründen in 18 Fällen mit 530 Beteiligten die Bewegungen vertagt werden. In weiteren 18 Fällen, wo die Unternehmer den berechtigten Forderungen lebhaften Widerstand entgegensetzten, im übrigen aber alle Vorbedingungen gegeben waren, wurde der Streik proklamiert. Von den 18 Streiks mit insgesamt 719 Beteiligten endeten 9 mit und 9 ohne Erfolg. Bei den ersten 9 wurde für 313 Kollegen ein Mehrerwerb von 1,42 Mark, für 104 Kollegen 1,04 Mark pro Woche herausgeholt, ferner erreichten 100 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung um 2 1/2 Stunden pro Woche.

Bei Lohnbewegungen und Aussperrungen waren in 13 Einzelfällen 432 Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen. Des ferneren erfolgten wegen Lohnabzug, Maßregelungen und Entlassungen Arbeitsentstellungen, welche bei der Mehrzahl zu Ungunsten der Beteiligten endeten. Ausschließlich der zuletzt angeführten Konflikte, die fast ausnahmslos immer dort in die Erscheinung traten, wo der Organisationsgedanke noch nicht genügend Wurzel geschlagen hat, zeigt das Gesamtergebnis von einer guten Disziplin der beteiligten Mitglieder und der zur Durchführung von Lohnkämpfen erforderlichen Umstände der Verbandsfunktionäre. Je mehr das Bestreben, bei Lohnbewegungen möglichst günstige Erfolge ohne übermäßigen Kraftaufwand zu erzielen, in Mitgliederkreisen an Boden gewinnt, desto mehr wird das Unternehmertum uns in Zukunft schwieriger gehalten werden. Zum andern deuten alle Anzeichen darauf hin, daß wir in Wäldern nicht mehr mit einzelnen Unternehmern, sondern mit einer Gruppe von Unternehmern in den verschiedenen Industriezweigen Kämpfe zu führen haben, welche eine Zusammenfassung aller Kräfte erfordert. So z. B. ist am Schluß des letzten Jahres bereits in der Fischkonserverindustrie der erste größere Zusammenstoß zwischen Arbeiterchaft und Unternehmer erfolgt und die brüst ablehnende Haltung einer Anzahl Fischindustriellen gegenüber den Forderungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lebenslage läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß baldigst offene Lohnkämpfe in diesem Industriezweige zum Ausbruch kommen werden.

Dieser Gang der Entwicklung zwingt uns nicht nur, ständig auf dem Posten zu sein, sondern auch unser Können für spätere Kämpfe einer scharfen Prüfung zu unterwerfen. Ein Hinweis auf die Mitleidenschaftsbewegung im vergangenen Jahre genügt, um zu zeigen, wo der Hebel anzusetzen ist.

Kapitose Verarbeitung sei deshalb auch in diesem Jahre unser Lösungswort!

Die Gaulitung.

Korrespondenzen.

Dresden. Zur Steuer der Wahrheit. In Nr. 9 der „Ameise“ beschäftigt sich der allen Dresdner Steinmetzwerke nicht gerade rühmlich bekannte Verfasser des Jahresberichts der Zahlstelle Dresden des Porzellanarbeiterverbandes mit untrist auf diesen Bericht gegebenen Antwort. Obwohl es durchaus nicht zu den angenehmsten Dingen gehört, sich mit einem Menschen herumzuschlagen, dessen Vorgehensweise auf ganz sonderbaren Kapriolen fußt, müssen wir doch im Interesse der Wahrheit, die in dem Artikel höflich mitgenommen wird, einiges dazu sagen. Hören wir also, was der Verfasser zu sagen hat. Da heißt es zunächst: „Für uns kommt es darauf an, die Unrichtigkeiten, die dem Verfasser unterlaufen sind, richtigzustellen.“ Zu Recht ist es jedoch der Gewerksmann der „Ameise“ die denkbar ungeeignetste Person, schon deshalb, weil es ihm gar nicht möglich gewesen ist, sich über unsere Bewegung und die dabei zutage getretenen Mängel zu unterrichten. Nur seine allzu große Selbstgefälligkeit, die ihn veranlaßt hat, hier und da einmal zu horchen und zu schnüffeln, hat ihm die angebliche Kenntnis vermittelt. Daß er dabei manchmal einen bösen Reizfall erlebt hat, führt weiter nicht; es handelt sich ja auch nur darum, den Fabrikarbeiterverband samt seinem Leiter und seinen Einrichtungen zu diskreditieren, damit man eben die Mitglieder zu sich herüberziehen kann.

Rundum geht der Verfasser dann auf die Ferienfrage ein und entwickelt dabei Ansichten, die für einen Gewerkschafter alles andre, aber nicht schmeichelhaft sind. Er heißt es: „Wir als Porzellanarbeiter haben uns wiederholt mit der Sache (Ferienfrage) beschäftigt, sind aber aus tatsächlichen Gründen davon abgesehen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Für die sogenannten gelehrten Arbeiter hätten wir in die Ferien verlangen können, hätten sie vielleicht auch bekommen. Diese unsere Kollegen verzeihen aber auf ein derartiges gehobenes Arbeitsverhältnis. Wir waren uns klar, daß diese Frage für alle Arbeiter zu lösen ist.“ So, man war sich also klar, daß diese Frage für alle Arbeiter zu lösen ist, weshalb man ein gemeinschaftliches Vorgehen mit unserer Organisation anschränkt, „aus prinzipiellen Gründen“ ab. Wie aber wollte der Porzellanarbeiterverband die Sache ohne uns regeln, wo doch die Angelegenheit der „andern“ „Abteilungen“ in Höhe von zirka 650 in unserer Verbände organisiert sind. Sollte man solange warten, bis sie übergeordnet waren? Dann hätten unsere Kollegen lauter werden können. Über glaubt der Genosse Ullmann, daß ihm die Dresdner Hilfsarbeiter der Steinmetzwerke seine jährliche Werbung, daß ein Lohn von 3 Mark pro Tag für den Hilfsarbeiter genau sei, verzeihen und vergeben haben? Oh, bei weitem nicht! Bei Erinnerung an diese Werbung müssen einem dann aber die folgenden Ausführungen geradezu tönnisch erscheinen: „Wir, die wir die Verhältnisse im Betriebe genau kennen, müssen uns sagen, daß, solange die Löhne der sogenannten ungelerten Arbeiter vor allem zu den von ihnen zu schaffenden Werken in so traurigen Verhältnissen stehen, es im Interesse dieser Arbeiterklasse liegt, erst ihre Lohnverhältnisse zu verbessern.“ Das wußten auch wir und haben es deshalb unternommen, die Lage unserer Kollegen zu verbessern, sind aber bei diesem Beginnen in jeder wünschenswerten Weise von dem Genossen U. und seinem Anhang „unterstützt“ worden.

Richtig ist, daß wir uns wegen der Ferienfrage wiederholt an die Porzellanarbeiter gewandt haben, daß aber von jener Seite genauwertet wurde, daß sie aus prinzipiellen Gründen nicht in der Lage seien, mit uns gemeinschaftlich diese Frage zu behandeln. Als Grund wird angegeben: „Wir sind uns eben bewußt, daß wir es unserer Berufsgenossen, darunter zu verstehen, daß neben unserer keine andere, und sei es auch eine freie, Organisation anerkannt wird.“ Daß ein Gewerkschafter etwas Derartiges behaupten kann und das ist bestechend. Einen bösen Reizfall behauptet der Verfasser, wenn er schreibt: „Man hätte sich kluglich besonnen, daß man ja in einer Lohnbewegung stand, deren Durchführung für ihre Mitglieder höchst wichtig ist als die Ferienfrage.“ O nein, verzeihen Freund! Wir haben von vornherein an unsere Lohnbewegung gedacht. Glücklicherweise sind unsere Gedanken nicht so benannt, daß wir unseren nicht in der Lage sind, was wir heute ganz haben. Bei manchen Leuten fällt es allerdings schon vorzunehmen sein! Wir wissen ausdrücklich davon hin, daß wir zunächst für unsere Lohnbewegung nach die Ferien mit einbezogen werden, daß wir aber in dem Augenblick, wo der Arbeiterverband sich dieser Sache befähigt, um ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, unsere Schritte gesetzt haben, indem wir uns bereit erklärt haben, zunächst eine gemeinschaftliche Verhandlung zu veranstalten, um dann dem Arbeiterverband die Verhandlungen zu übertragen. Also, nicht die Ferienfrage war selber dringender, sondern wir haben uns gegen die Erklärungen aller Handwerker ausgesprochen, welche eine dringende Notwendigkeit sei. Wir können uns wollen die Löhne nicht einbringen, nur bestmöglichst unsere Kollegen Vorteile zu erlangen.

Wichtig kommt auch zu wissen, wenn der Verfasser bemerkt: „So sehr wir dies bekennen (tatsächlich die Lohnbewegung nicht bezwecken zu können), sondern wir dem doch nicht verzeihen, denn wir hatten wirklich keine Meinung, was der der gesamten Arbeiterchaft des Verbands als unter der Leitung des Fabrikarbeiterverbandes bestehend zu verstehen.“ Als ob irgendjemand irgendwo oder beabsichtigt hätte! Aber was ist nicht dringender notwendig, lag es nicht im Interesse der gesamten Arbeiterchaft, auch der gelehrten, dem Unternehmertum entgegenzusetzen zu können? Warum eine hochtrabende Kampfbewegung? Wird man befähigt der Streikbewegung können verlegt werden, obwohl man mindestens gemeinschaftliche Grundzüge!

Dem Verhalten der Porzellanarbeiter im Arbeiter-Ausschuss ist es dann auch zu danken, daß der Erfolg in der Ferienfrage nicht größer war.

Weil das aber auch dem Verfasser bekannt sein muß, versucht er sich zu schüttern, indem er eine angebliche Verheerung des Bevollmächtigten unserer Organisation dazu mißbraucht, zu behaupten, diese habe einen Umschwung in der Stimmung der Direktion herbeigeführt. Hierzu muß bemerkt werden, daß diese Verheerung tatsächlich nur in der überreizten Phantasie des Verfassers liegt, er gefiel es ja auch selber zu, indem er sagt, daß auch von einem andern Teilnehmer der Versammlung diese Verheerung gehört worden sei. Wir haben also zu verzeichnen, daß ein Spezialfreund des Verfassers und er selber die angebliche Verheerung gehört haben, während die übrigen zirka 500. Versammlungsteilnehmer das Gegenteil behaupten. Jedenfalls sei hier noch einmal festgestellt, daß die Verheerung nicht gefahren ist.

Das über den Wegfall der dritten Feiertage Besagte erledigt sich von selbst, da U. ja selbst zugibt, daß die Wünsche, sie abzuschaffen, schon früher vorhanden waren. Aber zu behaupten, daß unser Verhalten bei der Ferienfrage diesen Zustand herbeigeführt habe, dazu gehört zwar nicht Mut, aber eine andre Eigenschaft, die wir hier aber nicht nennen wollen.

Festgestellt muß werden, daß das Verhalten des Genossen U. und seines geringen Anhangs dazu beigetragen hat, den Unternehmern auf die leider bestehenden Differenzen hinzuweisen, und ihn so in den Stand zu setzen, seine Maßnahmen zu treffen. Was anders als eine Schädigung und Abweisung, nicht nur unserer Organisation, sondern der gesamten Gewerkschaftsbewegung, hat der Verfasser mit der Einberufung einer Versammlung, die sich mit einem Streik der Firma Carsten in Elmshorn beschäftigte, und bei welcher unserer Organisation von dem Referenten der Vorwurf des organisierten Streikbruchs gemacht wurde, erreicht? Diese Versammlung bildete den Ausgangspunkt für einen gefährlichen, in der Gewerkschaftsbewegung einzig dastehenden Kampf, der nicht etwa realer Dinge willen, sondern um den Kopf, den Zunftkopf, geführt wird. Und was ist der Zweck der ganzen Übung? U. möchte die Mitglieder unseres Verbandes gegen die Leitung aufbringen, und dann im trüben zu fischen. Unsere Kollegen werden dafür sorgen, daß ihm das verfallen wird. Um irgendwo Anhang zu finden, dazu steht der Verfasser bei unsern Kollegen zu tief in der Kreide. Öffentlich bringt die wirtschaftliche Entwicklung auch hier nach die Erkenntnis, daß dem isolierten Unternehmern auch ein geschlossener Front der Arbeiter entgegengesetzt werden muß. An dem guten Willen werden es trotz aller Anstrengungen auch in Zukunft nicht fehlen lassen.

Ein Mahnruf an die organisierte Arbeiterchaft!

Zu Ostern werden wieder Tausende junger Mädchen die Schule und gleichzeitig das Elternhaus verlassen, um fern von der Heimat ihr Brot als Dienstmädchen zu suchen. Mehr noch als die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen, sind die jungen Dienstmädchen den Gefahren des Lebens und der Erwerbsarbeit schutzlos ausgeliefert. Die häuslichen Verhältnisse, in die sie jetzt kommen, sind gänzlich andre, als ihnen bisher bekannt waren. Dazu kommt häufig das Leben in der fremden Stadt, mit den andern Bewohnern, so daß das junge Mädchen nicht absehen kann, ob die Bedingungen, unter denen es Beschäftigung annimmt, den Anforderungen der Stellung entspricht.

Wird die Verleiher mit andern Mädchen auch Aufklärung über die am Ort üblichen Arbeitsbedingungen schaffen. Diese Aufklärung und auch die Veranschaulichung über andre Dinge wird aber erschwert durch das Alleinarbeiten der Mädchen, das Gebundenheit durch das Koch- und Logiswesen und durch die für Dienstmädchen geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Noch immer unterliegen häusliche Diensthöten den Forderungen, die den Herrschaften sogar das Büchertischrecht geben, ihnen gestatten, das ohne Kündigung fortgezogene Mädchen zwangsweise durch die Polizei zurückholen zu lassen und Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (Klagen über zurückbehaltene Lohn, einbehaltene Sachen usw.) mit wenigen Ausnahmen an die ordentlichen Gerichte weisen.

Durch diese Zustände drängt, sind die häuslichen Diensthöten weit mehr als die gewerblichen Arbeiterinnen von der Laune der Arbeitgeber abhängig. Außerdem sind die wenigsten über das unterrichtet, was sie gesetzlich zu verlangen haben und welche Wege sie gehen müssen, um zu ihrem Rechte zu gelangen.

Die sich hieraus ergebenden Folgen, deren Wirkungen noch erhöht werden durch die im Berufe übliche gewerkschaftliche Stellenvermittlung, treffen natürlich in erster Linie die jungen Mädchen, die unerfahren und berufsunfähig Stellung als Diensthöten annehmen. Für sie ist es deshalb besonders wichtig, eine Stelle zu wissen, wo sie sich Rat holen können, die ihnen Schutz und Halt bietet, auch Gelegenheit schafft, kollektiven Aufschluß an ihre Berufsgenossinnen und gesellige Unterhaltung zu finden.

Diese Aufgaben erfüllt der Verband der Hausangestellten.

Alle Eltern sollten deshalb ihren Kindern, die Stellung als Dienstmädchen annehmen wollen oder innehaben, dringend raten, sich dem Verband der Hausangestellten anzuschließen, auch die unentgeltliche Stellenvermittlung des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz, Unterstützung in Krankheitsfällen, Aufklärung und gesellige Unterhaltung und verleiht überall dort, wo es gelingt Mitglied zu gewinnen, unentgeltliche Stellenangewandte zu errichten. In den drei Jahren seines Bestehens hat der Verband verschiedentlich Beweise für seine Wirksamkeit erbracht, die natürlich noch erst richtig gefeiert werden wird, wenn es gelingt, ihm mehr Mitglieder zuzugewinnen.

Auch aus diesem Grunde sollte die organisierte Arbeiterchaft ihre Familienangehörigen, die Stellung als Dienstmädchen innehaben oder annehmen wollen, veranlassen, sich dem Verband der Hausangestellten anzuschließen. Sie würde dadurch beitragen, einer Arbeiterkategorie, die von der Gesetzgebung nach verschiedenen Richtungen hin bisher fast gänzlich unberücksichtigt geblieben ist, die Selbsthilfe zu ermöglichen.

Die Adresse des Verbandes ist:
Zentralverband der Hausangestellten, Berlin SO 16,
Engelauer 21, 3. Etage.

Eingegangene Schriften.

Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. Preis 30 Pf. Aus der Serie der Führer durch die Reichsversicherungsordnung ist nunmehr auch der durch die Krankenversicherung erschienen.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratische Fraktion. Abgehalten in Berlin, 6.-8. Januar 1918. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. Preis 1,25 Mk.

Karl Marx, der Mann und sein Werk. Unter Mitwirkung von Karl Kautsky, Max Adler, Otto Bauer, Oswald Wien, Julius Deutsch, Gustav Götting, Adelheid Popp, Anna Schöfänger, Otto Gajda und Leopold Silaritzky herausgegeben von Robert Danneberg. 64 Seiten. Mit drei Bildern. Preis 36 Heller (30 Pf.). Verlag des Verbandes der jugendlichen Arbeiter (Antion Jenisch). Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung Jg. Brand u. Co.

Verbandsnachrichten.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Seit Jahresfrist senden wir an die Zahlstellen keine Listen mehr, sondern Bloß, auf denen alle austretenden, übertretenden, geordneten Mitglieder eingetragen werden sollen, wenn sie schon im Besitze eines Buches waren. Für die Inhaber von Karten haben wir auf Ausfüllung eines solchen Scheins verzichtet. Obwohl durch Ausfüllung dieser Scheine eine wesentliche Vereinfachung und Erleichterung für die Bevollmächtigten eintrat, haben viele Zahlstellen diese Abmeldungen gar nicht eingeleitet. Wir ersuchen hierdurch die Verwaltungen, für die Enttragung aller Abmeldungen von solchen Mitgliedern zu sorgen, die im Besitze von Büchern sind, und diese Abmeldescheine dann sofort an den Vorstand einzusenden.

Agitations-Material.

Zahlreichen Bestellern teilen wir hierdurch mit, daß wir Flugblätter für Konserver-, Zucker-, Pulver-, Gummi-, Schwammstein- und Zündholzfabriken nicht haben, demnach die Bestellungen nicht erledigen können.

Der „Bedrui“ ist vergriffen und soll auch zurzeit nicht wieder herausgegeben werden. An seiner Stelle erscheint jetzt eine neue Flugdrift mit dem Titel: „Erst rüsten — dann kämpfen.“ Mit dem Versand ist jetzt begonnen worden.

In neuer Auflage werden hergestellt die Flugblätter für die chemische, Ziegel- und Papierindustrie, für Arbeiterinnen, für polnische und für italienische Arbeiter. Die Fertigstellung wird im „Proletarier“ bekanntgegeben.

Vorrätig sind noch: Flugblätter für Zementarbeiter, gegen die Pirch-Dunderschen Gewerbevereine, gegen die Gelben, „Die Unternehmern in der chemischen Industrie rüsten“, „Allen Kolleginnen zur Beachtung“.

Viele Bestellungen für „Anschreiben“ konnten bisher nicht erledigt werden, da diese später fertig wurden. Wir haben zwei Sorten herstellen lassen, eine für Arbeiter und eine für Arbeiterinnen. Soweit die Zahlstellen ihren Bedarf noch nicht angegeben haben, bitten wir um baldige Bestellung. Vorrätig sind Adressenheftchen, Agitationskarten für Hausagitation, Mahnzettel und Mahnkarten für Mahntommissionen.

Gebundene Exemplare des „Proletarier“, Jahrgang 1910, 1911 und 1912, sind zum Preise von je 6 Mk., gebundene Exemplare des „Korrespondenzblattes“, Jahrgang 1891-99, zusammen 19,50 Mk., 1909 und 1912 für je 3 Mk. an die Zahlstellen abzugeben. Bestellungen werden jetzt erbeten. Die Inhaltsverzeichnis zum „Proletarier“ 1912 wurden mit der Zeitung Nr. 3 verandt.

Zur Beachtung für die reisenden Kollegen!

Die Bevollmächtigten und Unterstützungszahler dürfen nicht auf der Arbeitsstelle aufgeführt werden. Sie geben da keinerlei Auskunft, zahlen auch keine Unterstützung aus.

Das Auffinden eines Bevollmächtigten auf der Arbeitsstelle bringt also den reisenden Kollegen keinen Nutzen, kann aber Nachteile für den Bevollmächtigten haben und ist deshalb unter allen Umständen zu unterlassen.

Es hat kein Mitglied das Recht, Ausgehenden von Unterstützung zu einer andern als der vorgeschriebenen Anzahlheit zu verlangen.

Vom 4. März an gingen bei der Hauptkassa folgende Beträge ein:

Eilt 700.—, Waltershausen 300.—, Gotha 400.—, Gerlach 600.—, Jena 515.50, Kleinig 30.—, Koffen 200.—, Gonnau 700.—, Eisenberg (S.-M.) 500.—, Singen a. H. 450.—, Waltershausen 292,82, Greithain 33.15, Stuttgart 1000.—, Heilbrunn 700.—, Freiburg i. Br. 200.—, Jena 6.50, Arnau 200.—, Jgiz 6.—, Essau 2300.—, Wanneim 1000.—, Eisenberg 300.—, Duerode a. S. 200.—, Osnabrück II 300.—, Waldheim 200.—.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Pögned 3,60.

Schluß: Montag, 10. März, mittags 12 Uhr.

Fr. Fruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen

Braunschweig. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
Schöningen. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
Neu-Deeritz. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
Stöttingen. 10 Pf. pro Mitglied und Woche.

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstellen

Dessau. Friedrich Böhlmann, Buch-Nr. 287 924.
Röthen. Friedrich Friede, Buch-Nr. 239 438. Franz Dolge, Karten-Nr. 298 550. Franz Reinbath, Karten-Nr. 298 557. Friedrich Beder, Buch-Nr. 452 610. Otto Reichelt, Karten-Nr. 298 538.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
430 622	Johann Wenge	15. 9. 76	8. 5. 10	Röln
483 397	Wilhelm Gimbom	3. 1. 86	20. 3. 12	Röln
532 670	Wilhelm Hoffow	2. 9. 66	18. 2. 12	Harzheim
434 019	Karl Kellbar	28. 6. 8.	26. 7. 10	Harzheim
203 975	Robert Albin Kröhnert	24. 12. 84	1. 1. 07	Bl. Grund
155 666	Johannes Stabe	19. 2. 88	1. 11. 06	Selmsdorf
472 579	August Schäfer	16. 6. 8.	4. 12. 10	Corbach
Karten-Nr.				
225 813	Gustav Otto Schäfer	13. 3. 96	1. 3. 12	Marxtrahnt
247 942	Kurt Weighaar	12. 12. 94	5. 5. 12	Marxtrahnt
303 939	Walter Hoff	14. 4. 74	10. 11. 12	Stöttingen
217 020	Ernst Kraue	21. 4. 93	1. 4. 12	Stöttingen a. M.
235 889	Alwin Königlechner	10. 1. 93	19. 5. 12	Hainz
232 115	Emma Stadler	11. 4. 97	11. 12. 11	Stannover
49 415	Willy Resper	24. 5. 93	23. 2. 12	Stettin
199 726	Geinrich Möldingen	9. 6. 69	15. 4. 12	Düren
296 954	Wilhelm Bagnmann	12. 2. 85	23. 10. 12	Breslau

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Wasslebenburg. 1. Bevollmächtigter Bernhard Junker, Lobnaustraße 21. Geschäftsführer Stephan Eger, Bureau Niesengasse 5a, Gewerkschaftshaus.

Düsseldorf. Paul Wahler, Hermann Reub, Bureau Balkstraße 10, Zimmer 33a. Telephon 9019. Gedruckt 10-1 und 4-8 Uhr.

Ernstleben. Hermann Münch, Wackerlebenstraße 211.
Greithain i. S. Moritz Schiebold, Hospitalstraße 9.
Artur Kadema u. Lauenhainer Straße 5.

Küstrin. Karl Drie mel, Küstrin-Neustadt, Warnicker Straße 11, Hinterhaus, 2. Et.

Reddenfelden. Joseph Sieglar, Reddenfeld, Post Naußling, Nr. 5, bei Marxend.

Inserate.

Zahlstelle Braunschweig.

Sum baldigen Antritt suchen wir einen weiteren Ortsbeamten.

Derselbe muß die Agitation sowie die Kassengeschäfte einer größeren Verwaltungsveranstaltung selbständig führen können. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied unserer Organisation sein und haben ihrer Bewerbung Angaben über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, eine Schilderung ihres Lebenslaufes sowie eine schriftliche Arbeit über: Die Aufgaben eines Ortsbeamten beizulegen und mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 5. April an den Unterzeichneten einzuhändigen.
Karl Hilpert, Celler Straße 77, 3. Et.

Chemische Industrie

Die chemische Industrie der Kleinstaaten.

II.

Arbeitszeit.

Der Hamburger Beamte berichtet: „Berechtigte Beschwerde über zu lange Arbeitszeit wurde von den Arbeitern einer Tage- und Nachtbetrieb arbeitenden chemischen Fabrik erhoben. Durch Einstellung von Hilfskräften konnten den betreffenden Arbeitern regelmäßige Erpausen von zusammen 1 1/2 stündiger Dauer innerhalb der zwölfstündigen Arbeitsschicht verschafft werden.“

Interessant ist, daß der Beamte von einer berechtigten Beschwerde redet, demnach muß ihm die Nichtgewährung von 1 1/2 Stunden Pause in der zwölfstündigen Arbeitsschicht besonders auffallend gewesen sein. Solche Betriebe, die den Arbeitern bei zwölfstündiger Schicht keine regelmäßigen Pausen, die zusammen 1 1/2 Stunden betragen, gewähren, gibt es besonders in der chemischen Industrie noch sehr viele. Die Gewerbeinspektoren könnten sich überall der dankenswerten Aufgabe unterziehen, endlich einmal mit solchen Mißständen, die an die Gesundheit der Arbeiter unmensliche Anforderungen stellen, aufzuräumen.

Noch schlimmer ist es, wenn zur Vornahme der Wechsel-schichten eine 24stündige Arbeitszeit üblich ist. Der gleiche Beamte berichtet, daß die Bemühungen, statt letzterer eine 18stündige Schicht einzuführen, nicht immer erfolgreich waren. Der Widerstand der Regelung läge bei den Arbeitern, die hierbei keinen völli-g freien Sonntag erhalten. Nur wenn Nacht- und Sonntagsarbeiten auch durch ungelernete Ersatzleute geleistet werden können, gelingt eine zufriedenstellende Lösung der Wechsel-schicht. In einem Schwefelkohlenstoffbetriebe wurde die Arbeitszeit für Wechsel-schichten auf 12 Stunden festgelegt. Wir halten das für zweckmäßig, dagegen die Versuche, an Stelle der 24-stündigen Schicht die 18stündige Schicht zu setzen, für vollkommen verfehlt. Den Arbeitern ist durch eine derartige Regelung absolut nicht gebient.

Bestrafungen.

Wie wenig sich manche Unternehmer an gesetzliche Bestimmungen kehren, beweist folgender Bericht aus Anhalt: „Gegen eine Düngersfabrik wurde, weil sie Arbeiterinnen während mehrerer Tage weit über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigte, ohne hierzu Erlaubnis nachzusuchen, Strafanzeige erstattet. Der Firma war bereits wegen ungesetzlicher Beschäftigung von Arbeiterinnen am Sonnabend mit Strafantrag im Wiederholungs-falle gedroht worden.“ Wenn wirklich eine Bestrafung erfolgt, so fällt sie erfahrungsgemäß so milde aus, daß der Unter-nehmer sich an die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen auch in Zukunft wenig fibren wird.

Statistik.

Nach Besprechung der Berichte aller kleineren Bundesstaaten ist es notwendig, ein Bild über die Entwicklung der re-visionspflichtigen Betriebe der chemischen Industrie Deutschlands, die Revisions-tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten, die Ermittlungen der Zuwiderhandlungen bei Beschäftigung der Arbeiterinnen und jugendlichen Personen und die erfolgten Bestrafungen zu geben. Auch ist notwendig, mitzuteilen, inwieweit für Arbeiterinnen Ueberarbeit und für Arbeiter Sonntagsarbeit genehmigt wurde.

Ueber die Entwicklung der der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe der chemischen Industrie und die Revisions-tätigkeit der Beamten in den wichtigsten Bundesstaaten ergibt sich folgendes. Es waren vorhanden:

In den Bundesstaaten	Revisionspflichtige Betriebe	Davon revidierte Betriebe		Arbeiterzahl revisionspflichtiger Betriebe	Von der Revision erfaßte Arbeiter	
		absolut	%		absolut	%
Preußen	1568	1206	77	98 343	93 796	95
Bayern	262	179	69	23 082	21 766	94
Sachsen	265	188	73	8 199	6 663	81
Württemberg	88	73	83	2 816	2 580	92
Baden	50	50	100	4 410	4 410	100
Sachsen	84	68	81	6 487	6 299	98
Uebrige Bundesstaaten	984	278	28	13 112	11 271	86
1911 Deutsches Reich	2699	2037	75,5	156 405	146 785	93,7
1910 Deutsches Reich	2685	2016	76	148 129	138 496	93,6

Die Zahl der Betriebe nahm absolut um 41, die Zahl der Arbeiter um 8276. Die Zahl der revidierten Betriebe weist eine Steigerung von 21, die Zahl der von der Revision erfaßten Arbeiter eine Steigerung von 8289 auf. Relativ betrachtet haben sich bei den Zahlen der revidierten Betriebe und der von der Revision erfaßten Arbeiter im Reiche nur unwesentliche Veränderungen ergeben. Von den größeren Bundesstaaten weist Baden die beste, Sachsen die schlechteste Revisions-tätigkeit auf. Die Zahl der revidierten Betriebe und von der Revision erfaßten Arbeiter sank in Sachsen im Jahre 1911 um 10 respektive 11 Prozent.

Die bei den Revisionen vorgefundenen Zuwiderhandlungen und Bestrafungen ergeben für die Jahre 1910/11 folgende Resultate:

a) Arbeiterinnen:

Jahr	Zahl der			
	Betriebe	Fälle	Personen	Bestrafungen
1910	165	212	1730	10
1911	85	103	404	15

b) Jugendliche Arbeiter:

1910	118	149	156	9
1911	63	77	66	9

Das Jahr 1911 hat einen erheblichen Rückgang der Zuwiderhandlungen gebracht. Die Zahl der Bestrafungen ist im Vergleich

zu den Vergehen äußerst minimal. Die Unternehmer finden eben bei Verstößen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen milde Richter. Arbeiter, die im Kampfe um ihr tägliches Brot sich nur zu einem unbedachten Worte, das niemand an seiner Gesundheit schaden würde, hinreißen lassen, werden streng bestraft.

Immer noch viel zu freigebig ist die Regierung und ihre Organe mit der Bewilligung von Ueberstunden für Arbeiterinnen. Es wurden bewilligt:

Jahr	Bewilligungen	Zahl der			
		Betriebe	Arbeiterinnen	Tage mit Ueberstundenarbeit	Ueberstunden
1910	146	57	4827	1821	68 020
1911	103	56	4131	1039	68 434

b) An Vorabenden vor Sonn- und Festtagen:

1910	—	9	182	253	5 582
1911	—	8	124	222	4 570

Auch hier macht sich ein minimaler Rückgang bemerkbar. Die Zahl der von diesen Arbeiterinnen geleisteten und genehmigten Ueberstunden war 1910 73 552 und 1911 73 004. Die Zahl der zurückgewiesenen Anträge stieg von 1 auf 7.

Trotzdem in der chemischen Industrie für fast alle kontinuierlichen Betriebe auch Sonntagsarbeit in weitestem Maße gesetzlich zugelassen wird, erachten die Unternehmer diese Ausnahmegestimmungen noch nicht für ausreichend genug; sonst würden sie nicht Anträge auf Bewilligung von Sonntagsarbeit stellen. Auch da legt sich die Behörde keinen Zwang auf. Es wurden bewilligt:

Jahr	Betriebe	Zahl der			
		darin beschäftigten Arbeiter	Sonntagsarbeit leistenden	Sonntage	Ueberstunden
1910	41	11 551	1688	98	17 515
1911	68	27 202	3713	229	52 323

Die zuletzt angeführten Zahlen weisen geradezu enorme Steigerungen auf. Die Zahl der zur Sonntagsarbeit herangezogenen Arbeiter stieg von 1583 auf 3713, die Zahl der geleisteten Ueberstunden an Sonntagen von 17 515 auf 52 323. Wenn der Bewilligungseifer auch in Zukunft so stark überhand nehmen sollte, so wäre es an der Zeit, daß mit der Regierung einmal ein ernstes Wort über die Notwendigkeit der Sonntagsruhe in chemischen Fabriken geredet würde.

Diese Statistiken erfassen bei weitem nicht alle Zuwiderhandlungen. Den Gewerbeaufsichtsbeamten kommt ja nur ein Teil derselben zur Kenntnis. Eine bessere Kontrolle über die Einhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen wird nur mit Hilfe der Arbeiter möglich sein; aber auch da ist eine gute Organisation der Arbeiter die erste Vorbedingung. Diese zu schaffen, muß die Aufgabe aller Arbeiter der chemischen Industrie sein.

Unternehmerterrorismus.

Allüberall, wo die Arbeiter beabsichtigen, in gemeinsamer Weise durch die Organisation ihren Lebensunterhalt zu verbessern, oder besser gesagt, einen Ausgleich zwischen den gesteigerten Ausgaben für Lebens- und Bedarfs-Artikel und ihren zurückgebliebenen Lohnverhältnissen herbeizuführen, sind die Unternehmer der Meinung, daß sie, wenn sie einige „unzufriedene Elemente“ aus ihrem Dazwischen herauswerfen, ihre menschlichen Pflichten den Arbeitern gegenüber voll und ganz erfüllt zu haben. In diesen Menschenjahren fällt sich zweifellos auch die Firma E. Merz (Darmstadt). Kürzlich wurde durch unsern Verband auf allgemeinen Wunsch der chemischen Arbeiter ein Flugblatt mit den Angaben der Lohnverhältnisse in andern chemischen Fabriken und mit einer Klarlegung hiesiger Lohnsätze an die Arbeiterschaft verbreitet und zu einer Reihe von Versammlungen eingeladen. Darauf wurden zwei langjährige Arbeiter und Familienväter, die nach Aussage des Herrn Dr. Willi Merz zwei einwandfreie Ehrenmänner sind, entlassen. Welches Verbrechen diese beiden Arbeiter zum Nachteil der Firma begangen haben sollen, weiß allerdings nur Herr Dr. Willi Merz. Wir lassen deshalb auch seine Ausführungen, die er als oberster Gerichtsherr den beiden gegenüber geäußert hat, hier folgen: „Ich muß Sie beide entlassen, weil Sie die unwahren Behauptungen in den Flugblättern und Versammlungen unterstüzt haben. Sie betreiben innerhalb und außerhalb meines Betriebes die Agitation und arbeiten somit gegen die Interessen der Firma. Solange ich Herr in meinem Betriebe bin, kann ich einmal nicht anders handeln, als daß ich zur Selbsthilfe greife und Sie beide entlasse.“ Selbstverständlich haben diese beiden Arbeiter nicht geschwiegen oder sind gar aus Furcht zusammengeschnitten, sondern sie haben der Firma erklärt, daß sie nur nach dem Nutzen der Unter-nehmer handeln, die doch auch ihrer Organisation angegeschlossen seien. Weiter erklärten die beiden, daß doch auch die Beamten nach Gehaltssteigerung, die Agrarier nach höheren Korn- und Viehpreisen, die Kaufleute nach höherem Gewinn streben; ja sogar der deutsche Kaiser hat schon zweimal eine Erhöhung seines Einkommens gefordert und sie auch durchgeführt. Im Allgemeinen verdenkt man es keinem Menschen, wenn er mehr verdienen will, bloß um Arbeiter, was verdammt man dieses Streben mit dem Grundsatze: „Wenn zwei dasfelbe tun, so ist dieses noch lange nicht dasfelbe.“

Daß Herr Dr. Willi Merz gegen diese Ausführungen nichts einzuwenden konnte und auch rechtlich den Nachweis nicht zu erbringen vermochte, daß ein Arbeiter, ein Familienvater im Krankheitsstadium mit 13-14 Mark Krankenunterstützung ohne einen Aufschuß durch seine Organisation sich über Wasser halten kann, liegt klar zutage. Deshalb auch der Ausspruch des Herrn Dr. Willi Merz: „Ich bin viel zu schwach, Sie von Ihrer Ueberzeugung abzubringen.“ Wir glauben dieses der Firma auf das Wort, denn sonst müßte sie zu der Ueberzeugung kommen, daß durch eine derartige Taktik wohl einige Familienväter brotlos gemacht sind, nicht aber dem allgemeinen Wunsch der Arbeiter, ausgeschlossen einige Schmarotzer, Rechnung getragen ist. Eine ganz eigenartige Auffassung über die Organisation ihrer Arbeiter muß sich die Firma Merz in den Kopf gesetzt haben, denn sonst könnte sie nicht auf der einen Seite die Erklärung abgeben, wir haben nichts gegen die politische Ueberzeugung unserer Arbeiter, auch nichts gegen die Organisation, aber gegen die Interessen der Firma darf nicht gearbeitet werden! Wo in aller Welt, müssen wir fragen, haben diese beiden Arbeiter diese Interessen der Firma gearbeitet? Vielleicht dadurch, daß sie ihre Mitarbeiter zum Beitritt zur Organisation aufgefordert haben? Sagt sich die Firma, wenn die Organisation in unsern Betrieben noch weiter am sich greift, dann können wir gezwungen werden, in der Bezahlung unserer Arbeiter mit der übrigen chemischen Industrie gleichen Schritt zu halten? Nun, wir wollen der Firma nicht verschweigen, daß sie mit ihren Maßnahmen genau das Gegenteil von dem erzielt hat, was sie wollte. Noch vor einigen Jahren ist es ihr gelungen, durch berattene Mittel ihre Arbeiter einzuschüchtern; heute sind auch die chemischen Arbeiter im Industriegebiet Darmstadt

etwas „heller“ geworden, denn die Not bringt schließlich auch den letzten Arbeiter zur Bestimmung.

Vorsichtsmahregeln zur Vermeidung von Explosionen bei elektrisch erregbaren Flüssigkeiten.

Äther, Schwefelkohlenstoff, Äzeton, Benzin usw. sind beim Umfüllen und Bearbeiten leicht elektrisch erregbar. Dieser Umstand hat schon mehrmals zu Bränden geführt. Die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie verlangen deshalb, daß alle Teile, die mit obigen Flüssigkeiten in Berührung kommen, wie Maschinen, Apparate, Standgefäße, Rohrleitungen, Heber und Trichter, aus Metall herzustellen und zu erden sind, damit die Elektrizität abgeleitet wird. Auch die beim Füllen der Transportgefäße verwendeten Unter-lagen müssen leitend geerdet sein. Bei Anlagen, die die Ausföhrungen nicht in vollem Umfange gestatten, müssen wenigstens Trichter oder Heber aus Metall bestehen und geerdet sein. Die Verwendung nichtmetallener Trichter und Heber ist nur bei Behandlung kleiner Mengen gestattet. Beim Füllen von Glasballons sind eiserne Trichter zu vermeiden, oder sie müssen außen mit Kupfer oder einem andern weichen Metall verkleidet und geerdet sein.

Entgegen diesen Forderungen behauptet Professor Dolegale an der technischen Hochschule in Charlottenburg in einem anlässlich des Brandes der großen Benzintank in Mummelsburg verfaßten Gutachten, daß die elektrische Ladung von Benzin, das in einem Behälter bewegt wird, sich erhöht wenn der Behälter geerdet ist. Diese Behauptung würde alle Schutzmaßnahmen, die oben angeführt wurden, in ihr Gegenteil verkehren. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie ließ nun von Professor Richter ein neues Gutachten verfaßten. Bei den rund 600 Versuchen Richters ließ sich nicht nachweisen, daß die Ansichten Dolegales richtig sind. Richter betont, daß die Explosionsursachen in Mummelsburg auf andern Gebieten liegen, was durch die im Fall speziell eingefestete wissenschaftliche und technische Kommission festgestellt worden sei. Zu seinem Bedauern sei er nicht in der Lage, die Ursachen mitzuteilen, weil es sich um ein Privatgutachten handelt und die Mitglieder dieser Kommission zum Schweigen verpflichtet sind (!) Nur soviel dürfte er sagen, daß die Ursachen der Mummelsburger Benzinexplosion weder auf elektrischem noch auf chemischem Gebiete zu suchen sind. — Das muß ja eine schwierige Rite gewesen sein! Sollte vielleicht der Staatsanwalt bei Veröffentlichung des Gutachtens Interesse für die Sache zeigen? Es wäre gewiß interessant, wenn das Schweigen gebrochen würde, aber wie sagt doch Jagow gleich: „Ich warne Neugierige!“

× Tödtlicher Unfall in Leverkusen. Am 1. März, abends 9 1/2 Uhr, stürzte der Arbeiter Steinacker im Sulfatbetrieb der Farbenfabriken in Leverkusen mit einem leeren Müllwagen an einer Brücke ab und zog sich eine schwere Verletzung der Wirbelsäule zu. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er 2 Tage darauf seinen Verletzungen erlag. Jetzt ist an der gefährlichen Stelle eine Kette angebracht worden. Die alte Leiter, wenn das Kind im Brunnen verfloßen ist, wird er zugebedt.

× Unfälle in der Wabischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. In der Dampfzentrale brachte der Maschinenführer Jung die Hand in die Maschine und erlitt dabei starke Fingerverletzungen, die sofortige ärztliche Behandlung notwendig machten. — Ebenfalls in der Dampfzentrale verunglückte der Kesselputzer Böwig. Beim Herausziehen der Flugachse wurde ihm diese ins Gesicht getrieben, wodurch er im Gesicht und am Hals erheblich verwundet wurde. Auch er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und ist arbeitsunfähig.

× „Elektron“, Griesheim. (Ungesunde Zustände.) Die Klagen, die in letzter Zeit aus der chemischen Fabrik „Elektron“ zu uns dringen, häufen sich. Besonders sind es die Hofarbeiter, die durch das Verhalten des Hofmeisters Küstinger und des Vorarbeiters Ebel Ursache zur Klage haben. Das ausgefallene Antreiber-system, welches gerade bei Herrn Küstinger und seinen Beauftragten beobachtet wird, zeitigt denn auch zahlreiche Unfälle. Wollten wir sie alle Woche veröffentlichen, würden sie einen breiten Raum im „Proletarier“ einnehmen. Gequälteste Finger, Arme und Hüfte sind an der Tagesordnung. Im abgelaufenen Jahre sind allein 19 schwere Verbrennungen durch Säure vorgekommen, ohne die andern Unfälle, deren Zahl ebenfalls sehr hoch ist. Hier böte sich ein reiches Feld der Betätigung für die Herren Direktoren und Doktoren. Wie wäre es, wenn sich die Herren einmal bei Herrn Küstinger nur acht Tage zur Arbeit melden würden? A. zwingt die Arbeiter, jetzt, bei Schnee und Eis, ihren Urlaub zu nehmen. Es wird Arbeitsmangel vorgeschützt, während die andern fortgesetzt Ueberstunden machen müssen. Die in Urlaub befindlichen werden dann nach zwei bis drei Tagen wieder zurück an die Arbeit geholt. Urlaub soll doch den Zweck haben, daß sich die Arbeiter erholen können. Würde Küstinger seine Urlaub auch auf den Winter verlegen? Es ließe sich wohl ermöglichen, den Urlaub etwa zwischen April und Oktober zu gewähren. Die Antreiberzeit ist so groß, daß die Arbeiter den ganzen Tag nicht aus dem Schweiß kommen. Das Pflaster und die Gleisanlagen sind in einem Zustand, bei jeder Verfeinerung spottet. Erst kürzlich wurde das Wegegebäude angefahren, in dem ein Schreiber saß, der vom Stuhl geschleudert wurde. Zum Glück ist die Sache noch gut abgelaufen. Drei Mangiermaschinen sind vorhanden und doch müssen die Arbeiter die vollen Waggons rangieren, eine schwere Arbeit, bei der die Schweißworte nur so auf die Arbeiter niederzählen. Es geht nur so lange, bis der Arbeiter die Gebuld verliert, dann legt man über die Widerpenitenteit der Arbeiter. In der Abteilung Schwefelsäure hat sich der Arbeiter Peter Heuer mit Abfallwässern im Gesicht verbrannt. Heuer mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Dem Arbeiter Meier, der eine Weilehammer gereinigt hatte und an dem Mannlochbedel die Schraube anzog, dabei auf dem Kesselwagen stand, rutschte der Schlüssel aus, wodurch W. herunterfiel und sich innerlich verletzete. Wie schrieb doch Dr. Gurschmann: Die Unfälle in der chemischen Industrie sind nicht häufiger als in andern Industriezweigen. Wer's glaubt, zählt einen Laler! Tatsachen reden!

× Höchst a. M. Noch einmal die Jubiläumsgabe der Farbwerke. Mit wohlwollendem Vorschuß wurde am 2. Januar d. J. der damals 30-jährige Arbeiter durch Anschlag belüdet, daß am Jubiläumstage, soweit es technisch möglich wäre, die Arbeit ruhen und trotzdem der Lohn für diesen Tag und der kürzt gezahlt werden sollte. Aber groß war das Entsetzen von mehreren hundert Arbeitern, als sie bei der folgenden Lohnzahlung Verluste von 1, 2, 3 und 4 Stunden hatten; alle Reklamationen waren ohne Erfolg, im Gegenteil, man sagte: „Die übrigen Abteilungen haben verlehrt ausgezahlt, unsre Zahlung stimmt.“ Da nun für die Arbeiter kein anderer Ausweg blieb, wandten sie sich an den Verband, und durch eine Eingabe an die Direktion und Einreichung einer Klage beim Gewerbegericht versuchten wir die Rechte der Arbeiter zu vertreten. Hatte man bisher fünf Wochen gebraucht, um die Beschwerden der Arbeiter immer abzuweisen, so vergingen jetzt keine 48 Stunden, und die Direktion machte bekannt, daß nur ein Stratum vorzulegen hätte usw., jeder Arbeiter erhalte die Differenz nachgezahlt. Trotzdem nun die Direktion den angeblichen Irrtum eingesehen hatte, auch ver sprach, bei der nächsten Lohnzahlung die Differenz zu zahlen, veranlaßten einige Betriebsleiter, unter andern auch Dr. Röß vom Inbigo, noch nicht die Nachzahlung bei der nächsten Lohnung, so daß wieder der Verband eingreifen mußte, und jetzt erst erhielten nun auch die letzten der Farbwerkearbeiter diese Differenz nachgezahlt. Hätte hier nicht der Fabrikarbeiterverband eingegriffen, keinen Pfennig hätten die Arbeiter, trotz Versprechens der Direktion, erhalten, und die 1500 M. wären in der großen Verteilungsmasse verschwunden.

Die Arbeiter, welche in Höchst zur frohlichen Zeit beschäftigt waren und sich auf der Reise befinden oder in andern Orten in Arbeit stehen, mögen ihren Anspruch reklamieren.

× Levertasen. In den letzten Jahren ist seitens der Leitung der Farbwerke von Bayer u. Co. eine wahre Gründungsmanie von allerhand Vereinen zu verzeichnen. Das schwarze Brett ist bald nicht mehr groß genug, um allen Gründungen und Bekanntmachungen Raum zu bieten. Von den zuletzt auf der Liste gehaltenen Vereinen seien nur die jüngsten genannt: Der Carientauverein, Feuerwehverein, Eisenbahnerverein und die in der letzten Woche

gegründete Heizervereinigung. Daß alle diese Vereine von den Vorzeseßten im Auftrag der obersten Leitung ins Leben gerufen werden, braucht die Eingeweihten nicht zu wundern. Wundert muß man sich vielmehr über die Gutmütigkeit und Energielosigkeit der meisten Arbeiter, die auf solche Gründungen hereinschauen, bzw. sie noch als nützlich hinstellen. Dem Eingeweihten ist längst klar geworden, daß diese Art Gründungen die gelben Vereine ersetzen, ja in noch viel besserer Weise ihren Zweck erfüllen, als ein gelber Verein, der das ganze Werk umfaßt. In diesen kleinen Vereinen kann man die Bewegungen des einzelnen sowie seine Gefährdung viel besser kontrollieren, als in einem das ganze Werk umfassenden Vereine. Ganz stumpflos wird den etwa Widerwilligen, die keine Meinung für solche Kinderlein haben, zu verstehen gegeben, daß derjenige, welcher nicht eintritt, von diesen oder jenen Vergünstigungen ausgeschlossen wird. Bei Teufel über eine Handlungsweise, die die wirtschaftlich schwächeren Kreise zwingt, in eine Vereinigung zu gehen, die nur dem Unternehmer Vorteil bringt! Die erbärmlichste Ueberlegenheit, die es geben kann, ist die des Geldes!

Keramische Industrie

Das „Zieglerparlament“.

Der „Gewerkverein der Ziegler in Lippe“, der sich seit 18 Jahren bemüht, die lippischen Ziegler in sein schwarzblaues Garn zu locken, hatte am 26. Februar in Lage i. Lippe seine dreißigjährige Zusammenkunft. Mit dem alten Zwerger eigenen Größenmaß nennt er diese Zusammenkunft „Zieglerparlament“. Doch lassen wir den Leuten dieses billige Vergnügen, sie haben es nötig, besonders in diesem Jahre, wo die geladenen Herrschaften zum größten Teil der Vorstehung fernblieben. Denn genau wie keine Hundes- oder Federweidenausstellung ohne das Protektorat einer sogenannten „hohen“ Person stattfinden kann, so ist auch die Zusammenkunft des Gewerkevereins nicht möglich ohne ein Duzend „hoher“ Herrschaften, und diese waren in diesem Jahre ausgeblieben. Nur ein Bürgermeister und ein Gewerkeinspektor waren erschienen, und so schlug die Begeisterung keine allzu hohen Wogen. Ob die Entschuldigungsgründe der ausgebliebenen Herrschaften tatsächlich für deren Fernbleiben maßgebend waren, oder ob ihnen das Kaspertheater zuwider war, bleibt dahingestellt.

Die übliche Schweifwedel vor dem lippischen „Landesvater“ wurde in einem „Huldigungstelegramm“ erledigt, das folgenden Wortlaut hatte:

„Die zur 18. Generalversammlung des Gewerkevereins in Lage versammelten Vertreter der Ziegler begrüßen Eure Durchlaucht in treuer vaterländischer Gesinnung.“

Wir haben bis heute noch nie wahrgenommen, daß eine Anzahl versammelter Fürsten sich der Arbeiter erinnert und diese begrüßt hätte. Wenn trotzdem die lippischen Gewerkevereine bei jeder Zusammenkunft vor dem Fürsten auf dem Bauch kriechen, so ist ihnen das wohl angeboren, und dann läßt sich nichts dagegen machen; denn die Natur fordert ihre Rechte. Vom lippischen „Landesvater“ ging auf die obige Huldigung folgende Antwort ein: „Ueber den freundlichen Gruß der zur 18. Generalversammlung des Gewerkevereins in Lage versammelten Vertreter der Ziegler habe ich mich sehr gefreut und wünsche mit aufrichtigem Danke Ihren Beratungen schönsten Erfolg zum Wohle aller Ziegler. Leopold.“

Hoffentlich bleibt dieser schöne Erfolg nun auch nicht aus. Denn der Erfolg tut dem Gewerkeverein bitter not; er hat nämlich im verfloßenen Jahre nicht nur ein klägliches Fiasko mit seiner Lohnbewegung erlitten, sondern auch finanziell ein Defizit zu verzeichnen. Das Vermögen des Gewerkevereins, das 1910 noch 16 788 Mark betrug, ging 1911 auf 12 447 Mark, im Jahre 1912 auf 9855 Mark zurück und schmolz bis zur gleichen Zeit des Jahres 1913 auf 6964 Mark zusammen. Der Zusammenbruch vollzieht sich mühsam mit gleichmäßiger Sicherheit. All die schönen Wünsche des lippischen „Landesvaters“ haben bis heute noch nichts genützt und werden auch ferner nichts nützen. Unser Beileid!

Die Gesamteinnahmen betragen im verfloßenen Jahre 6646 Mark. Da der Gewerkeverein einen Jahresbeitrag von 3,60 Mk. erhebt, so ergibt diese Einnahme eine Mitgliederzahl von 1846. In Wirklichkeit ist die Mitgliederzahl aber mindestens um ein Drittel geringer, da in den Einnahmen auch das Eintrittsgeld und eine beträchtliche Summe rückständiger Beiträge von 1911 enthalten ist, welche letztere durch die inneren Streitigkeiten von den Ortsvereinen 1911 zurückgehalten und nach Behebung der Streitigkeiten 1912 abgeführt wurden. Wir gehen wohl kaum fehl, wenn wir die Mitgliederzahl auf 1200 schätzen. Der Lohnbewegungswahnsinn hat mithin den erwarteten Erfolg nicht gebracht. Wäre es anders, dann stände der Gewerkeverein seine Mitgliederzahl nicht so ängstlich zu verschleiern. Angeht's einer solchen „Entwicklung“ ist es nicht verwunderlich, wenn die Zieglergewerkeverbände schreiben, der Gewerkeverein sei nicht ernst zu nehmen.

Um nun den fächeren Bankrott noch etwas zu verzögern, hat die Generalversammlung eine Statutenänderung beschlossen, die eine Ausdehnung der Agitation, die sich seither im wesentlichen nur auf die lippischen Ziegler beschränkte, bezwecken soll. Welche Aenderung da getroffen ist, gilt vorläufig noch als Geheimnis. Wir nehmen aber an, daß man die Firma änderte, weil die alte Firma schon längst aller Kredit verloren hat. Daß man den Paragraph 1 des Statuts modernisiert hat, kann als ziemlich ausgefallen gelten. Denn dieser Paragraph, der folgenden Wortlaut hat:

„Mitglied des Vereins kann jeder deutsche Ziegler werden, der frei zu Kaiser und Reich steht, sich als Gegner der sozialdemokratischen Grundansichten bekannt und verpflichtet, den Verpflichtungen des Vereins nachzukommen.“

Es nach § 18 des Statuts unänderlich. Sollte der Gewerkeverein für nach diesen Einzelfallparagrafen verfahren, so müßte er die Mehrzahl seiner Mitglieder ausschließen. Denn mit Ausnahme einiger Einzelfälle sind alle lippischen Ziegler, zu ihrer Ehre sei es betont, für eine gerechtere Verteilung der Steuern, für die Befreiung der Industrie von Steuern, für die Heranziehung der Steuern zu den Steuern usw. Das alles sind sozialdemokratische Grundansätze. Der § 1 des Gewerkevereinsstatuts ist also Humbug, und dieser Humbug ist statutenmäßig unänderlich.

Humbug ist auch die Bestimmung, daß nur derjenige Anspruch findet, der „frei zu Kaiser und Reich steht“. Wir wissen nicht, daß sich der Kaiser schon einmal für die Interessen der Zieglerarbeitnehmer betätigt hat. Nach den Löhnen, die in der Zieglerlei des Kaisers in Kadetten besetzt werden, ist wenigstens nicht anzunehmen, daß er sich um die Zieglerarbeitnehmer besonders kümmert, obwohl er im vorigen Jahre Zieglergewerkevereine geworden ist. Und das Reich oder die Reichsverwaltung kümmert sich ebenso wenig um die Arbeitsverhältnisse der Zieglerarbeitnehmer. Die schlechtesten Zustände in

den Zieglerleien, die niederliche Beaufsichtigung der Arbeiterdurchbestimmungen und die milde, oftmals lächerlich geringe Bestrafung der gesetzesverachtenden Zieglerunternehmer befähigen das zur Genüge.

Die Tatsache, daß es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war, die kürzlich im Reichstag den Antrag auf Abgrenzung der Arbeitszeit, auf Besserung und Reinhaltung der Wohn- und Schlafräume, auf Schaffung von gutem Trinkwasser und Beseitigung der Uebervorteilung in den Kantinen usw. stellte, wird von dem Gewerkeverein verschämt verschwiegen. Denn es könnte ja dann bei den Ziegler die Ansicht aufkommen, daß die Sozialdemokratie besser für die Interessen der Ziegler eintritt als Kaiser und Reich, als der lippische „Landesvater“ und der „Chrenzelegler“ Neumann-Hofer, welcher letzterer schon seit Jahren im Reichstage sitzt, von einem Teil der Ziegler hincingewählt ist und trotzdem seine hohe Stimme für die Ziegler noch nicht ertönen ließ.

Der Gewerkeverein gedenkt also unter der neuen Firma bessere Geschäfte zu machen, er will auch den außerlippischen Zieglerarbeitern jährlich 3,60 Mark Beitrag abknöpfen, wofür sie dann den einzigen Vorteil genießen, daß ihr Geldbeutel etwas leichter geworden ist. Um dieses Erleichterungsgeschäft besser zu betreiben, wurde die seitherige Ausschüsse zur zweiten besoldeten Geschäftsführerstelle erhoben. Wir werden aber dafür sorgen, daß nicht allzuviel Arbeiter auf die schauerlich-schönen Phrasen der Jesuitenabgänger hereinschauen, mögen sie das schöne Gewerkevereinslied: „Kommet alle, groß und klein, herein in den Gewerkeverein“ noch so drollig herjagen.

Zu der bevorstehenden Erneuerung der Bundesratsvorschriften über die Beschäftigung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den Zieglerleien beschloß der Gewerkeverein eine Eingabe an den Bundesrat zu machen, die ein Verbot der Frauenarbeit in den Zieglerleien fordert. Die Leute waren sich über die Bedeutung dieser Forderung wohl nicht recht klar. Sie haben wohl ganz vergessen, daß dadurch Hunderte von Arbeiterinnen, denen der Ernährer und auch anderer Verdienst fehlt, zur Arbeitslosigkeit und damit zur Not verurteilt werden. Die Leute, die das ausgeknobelt haben, sitzen ja hinterm Schmalztopf, sie denken nur an ihre eigene Interessensphäre, alles andere übersteigt ihren Horizont. Gewiß, auch wir sind keine Freunde der unbeschränkten Frauenarbeit, aber wir fordern nur die Beseitigung des Mißbrauchs der Frauenarbeit, und das genügt.

Der Geschäftsbericht paßt ganz genau zu dem Geschäftsführer Wiesemeier; er ist schmalzig wie eine Schmalznudel. Bei seinem Studium könnte man glauben, der Gewerkeverein sei gar nicht der Dampfmann, mit dem die Zieglerleibesther in der verfloßenen Kampagne spielten. Wer aber die Verhältnisse kennt, der weiß, es ist Selbsttäuschung, es sind Potentatische Dörfer, die den Zieglern vorgemacht werden, um die Hoffnungslosigkeit zu dämpfen. Die schmalzigen Herrschaften wissen aber nicht nur zu täuschen, sondern auch zu lügen. Heißt es doch in der Bielefelder Lohnbewegungssache:

„Im Bielefelder Bezirk ging nicht nur der Keramarbeiterverband mit uns, sondern auch der Fabrikarbeiterverband schloß sich unserm Vorhaben an. Leider stellte sich später heraus, daß der Fabrikarbeiterverband nicht allein deshalb mit uns gegangen war, um im Interesse der Zieglerlei mitzuwirken, sondern daß man sich zu einem Teil von dem Gedanken leiten ließ, dem Gewerkeverein hier eine Falle zu stellen. Im Interesse der Kollegen bedauern wir dies aufrichtig, freuen uns aber, daß die Ränke der Gegner zu schanden geworden sind.“

Dazu sei zunächst betont, daß bei der fraglichen Lohnbewegung nicht wir zum Gewerkeverein kamen, sondern er zu uns, daß also der Gewerkeverein mit uns gegangen ist. Das ist aber, wie schon ganz nebenbei bemerkt, eine gemeine Lüge, die die Behauptung, wir hätten die Bewegung nicht mitgemacht, um dem Interesse der Ziegler zu dienen, sondern um dem Gewerkeverein eine Falle zu stellen. Wir haben vor vornherein erklärt, wenn uns die „christliche“ Gesellschaft beider Schattierungen auch fragwürdig und nach den gemachten Erfahrungen äußerst unzuverlässig erscheint, so wollen wir die Lohnbewegung doch im Interesse der Ziegler gemeinsam führen. Das Interesse der Ziegler war für uns auch bestimmend, dem Gewerkeverein die äußere Leitung der Lohnbewegung zu übertragen, damit er keine Gelegenheit finden sollte, seine hier entblühten hinterlistigen Ränke zum Nachteil und Schaden der Ziegler spielen zu lassen. Sollte Herr Wiesemeier nochmals einen Ringkampf mit der Wahrheit machen, so haben wir durchaus nichts dagegen, aber jeder, der obige Behauptung wiederholt, ist und bleibt ein frecher Lügner.

Dem Tode entronnen.

Ein Unglücksfall, der unter Umständen fünf Männern das Leben kosten konnte, ereignete sich am 5. März in der Dampfzieglerlei in Rodendorf. Die Arbeiter Friedrich und Jöbde waren beauftragt, einen erlosten Kessel innen mit einer neuen Isoliermasse zu streichen. Zur Vervollständigung der beiden Arbeiter nicht. Beim Nachsehen bemerkte man, daß beide ohnmächtig waren und nur noch lallende Worte von sich gaben. Auch die zur Hilfe kommenden Arbeiter erzielte beim Eindringen in den Kessel das selbe Schicksal. Telephonisch wurde nun sofort ein Arzt herbeigerufen, und dieser veranlaßte gleichzeitig die Verbringung der Arbeiter ins Krankenhaus. Inzwischen hatte man die Feuertritte an Ort und Stelle geschafft, womit Luft in den Kessel gepumpt und Sauerstoff eingeblasen wurde. Die Wirkung war eine überraschende. Vier der Männer konnten geborgen werden. Dagegen war der fünfte unter dem Feuertritte gefallen, und seine Rettung erschien fast ausgeschlossen. Unmittelbar nachher machten die Arbeiterkollegen und andere Leute große Anstrengungen, um dem Mann, der dem Ableben nahe schien, Hilfe zu bringen. Nach zweistündigen Bemühungen gelang es endlich, ein Seil an seinen Beinen zu befestigen und den Verunglückten herauszuheben. Der noch immer in tiefster Ohnmacht Liegende wurde von vier Männern nach Hause getragen, wo infolge der Sauerstoffbehandlung allmählich seine Lebensgeister wiederkehrten. Es wird notwendig sein, sorgfältig zu untersuchen, worin die Ursache der Betäubung der Arbeiter zu suchen ist. Vor allem aber sollte bei Arbeiten mit unexplodierbaren Materialien Vorzicht geübt werden.

— **Sack e. S.** Ganz unerhörte Arbeitsverhältnisse haben sich in der schon öfter genannten Zementfabrik „Saale“ in Granau bei Nienleben seit dem letzten Streit herabgebildet, woran abgesehen von den beschäftigten Arbeitern wohl die meiste Schuld beizumessen werden muß. Es ist des öfteren vorgekommen, daß einzelne Arbeiter, fast alle Wochen einmal, 36 Stunden hintereinander gearbeitet haben. Ueber eine 24stündige Arbeitszeit in der Woche regt sich in diesem Betriebe überhaupt schon niemand mehr auf. Aber wohl gemerkt, die übliche 24stündige Beschäftigung, die den Uebergang von der Tag- zur Nachtschicht bildet, ist hiermit nicht gemeint. Daß jedoch einzelne Arbeiter in einer Woche 107 Stunden arbeiten, und zwar 62 Stunden hintereinander den Arbeitsplatz überhaupt nicht verlassen haben, ist eine ungeheuerliche Ausnutzung der Arbeitskraft, die gar nicht scharf genug genügt werden

kann. Die Oeffentlichkeit und die behördlichen Aufsichtsinstanzen sind schon wiederholt auf dieses gesundheitsgefährliche Gebaren der Betriebsleitung aufmerksam gemacht worden. Aber bisher ohne jeden Erfolg.

Wenn den dort beschäftigten Arbeitern nicht jedes Interesse für die Organisation verlorengegangen wäre, hätten sich solche Zustände nicht herausbilden können. Die Folgen haben sich bereits in U o h n a b z u g e n bemerkbar gemacht, ohne jedoch unter den Arbeitern eine Erregung wachzurufen. Wenn sich schon die heftigen, einheimischen Arbeiter etwas Dersartiges bieten lassen, ohne mit den Wimpern zu zucken, so ist es nicht verwunderlich, wenn dann den fremdländischen Arbeitern eine solch mörderisch lange Arbeitszeit aufgezwungen wird. Daß sich derartige anarchoide Zustände in einem so nahe bei Halle liegenden großen Industriort wie N i e l e b e n herausbilden konnten, ist für die Arbeiterschaft, welche sonst in allen Sachen an der Spitze marschieren will, geradezu beschämend.

Die Pflicht der Nienlebener Arbeiterschaft muß es in erster Linie sein, diese ungeheuren Mißstände einer öffentlichen Kritik zu unterziehen und die beteiligten Personen auf das alle Befriedigungen der organisierten Arbeiterschaft schädigende Gebaren energig zu verweisen. Wägen diese Leute dazu beitragen, die fortdauernde Gleichgültigkeit endlich zu befeitigen und für die Arbeiterschaft der Zementfabrik „Saale“ sowie für die Mitgliedschaft Nienleben den Ansporn bilden zu einer fruchtbringenden Tätigkeit für unsere Organisation. Nur dann können solche Zustände für immer befeitigt werden.

— **Oppeln.** Die Oppelner Betonwarenfabrik D j i e h e l gehört zu den Betrieben, die das Gegenteil von Musterbetrieben sind. Die Löhne sind um durchschnittlich ein Viertel niedriger als in anderen Betrieben und diese Löhne werden dann durch das hier herrschende Strafsystem noch wesentlich gekürzt. Werden den Arbeitern doch bei jeder kleinste Strafen bis zu 3 Mark auferlegt. Außerdem ist eine K a n t i n e vorhanden, die von dem Geschäftsführer Kroll geführt wird, und hängt deshalb die Güte der Arbeit und damit der Verdienst von der Frequenz der Kantine ab. Und schließlich wird den Arbeitern auch noch eine K a u t i o n abgezogen, die wöchentlich 50 Pfennig beträgt, die erst am Jahresabschluss wieder ausgezahlt wird. Wer nicht das ganze Jahr aushält, geht der Kautionsverlust.

Die Geschäftsleitung hatte auch schon immer eine große Vorliebe für jugendliche Arbeiter, die von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr arbeiten mußten. Erst als vor einiger Zeit ein Viertel jugendlicher Arbeiter an der Presse an beiden Händen sämtliche Finger, mit Ausnahme der Daumen verlor und die Unfall-Versicherungsgesellschaft gegen die Firma Nagbar wurde, hat man die jugendlichen Arbeiter entfernt. Was einrichtung und sonstige sanitäre Anlagen sind hier unbekante Dinge. Solche Zustände können aber nur gedeihen, wo die Arbeiter den Weg zur Organisation nicht finden können. In diesem Betriebe herrscht der Kriegszustand, dessen Mitglieder an das Krücken gewöhnt sind, und dann der katholische Arbeiterverein, dessen Anhänger die Organisation als eine Todsünde betrachten, für die es keine Absolution gibt. Arme, gearnte Arbeiter, wann wird es bei euch Licht!

Papier-Industrie

— **Papierfabrik Wertheim, Hameln-Wangelitz.**
In diesem Betriebe, der zu dem Konzern der Winterschen Papierfabriken gehört, waren bisher alle von unserer Zeitschrift Hameln gemachten Veruche, die Arbeiter unserm Verbands anzuführen, nur von ganz geringem Erfolge. Die Arbeiter vertrauen auf das gute Herz des Unternehmers. Jedoch zwischen dem guten Glauben der Arbeiter und dem wohlwärtigen Herzen des Fabrikanten hängt der Geldbeutel. Das sollten z. B. 50 Arbeiter dieses Betriebes am 2. März dieses Jahres erfahren. In diesem Betriebe besteht noch die vierzehntägige Lohnzahlung, und zwar so, daß am 17. jeden Monats der Lohn, und am 2. jeden Monats der Lohn und die sogenannte Prämie für den letzten Monat ausbezahlt werden. Die Bezahlung der geleisteten Arbeit wurde nun in folgender Weise gehandhabt. Die Arbeiter mußten im Monat mindestens 200 000 Kilo Papier ohne Prämienzuschlag herstellen; für jedes weitere Kilo erhielten sie dann pro Kilo 3 Pf. Prämie. Im Februar hatten die Arbeiter 294 000 Kilo Papier hergestellt, mußten also für 94 000 Kilo a 3 Pf. Prämie erhalten. Das sind 2820 Mk. Jedoch die Arbeiter rechneten und der Fabrikant schrieb, und so kam es, daß am 2. März die Prämie für 38 000 Kilo im Betrage von 1140 Mk. abgezogen wurde. Die Arbeiter gingen in das Kontor und erklärten, daß der ihnen ausbezahlte Lohn nicht stimmt; die Antwort war: „Wenn es nicht paßt, der kann gehen.“ Jetzt kam die Erkenntnis bei den Arbeitern und so mancher Äußerung, wären wir jetzt in dem Verbands, dann bräuchten wir uns dies nicht gefallen zu lassen. Jetzt haben sie also ein, wie schwer es sich rächt, nicht beachtet haben. Schrecklicherweise setzt sich diese Erkenntnis schon um in den festen Willen, das Verbands nachzuholen. Zahlreiche Arbeiter des Betriebes haben den Weg zur Organisation gefunden und die jetzt uns noch fernstehenden finden ihn hoffentlich bald. Wir werden uns freuen, die Arbeiterschaft der Papierfabrik Hameln als treue Mitglieder der Organisation, als tapfere Mitkämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft begrüßen zu können.

— **Die Feldmühle**
in Kessel hat ihren alten Ruf als Geldmühle für die Aktionäre auch im Jahre 1912 bewahrt. Nach dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht beträgt der Reingewinn nach erhöhten Abschreibungen 1 022 464 Mark gegen „nur“ 763 531 Mk. im Jahre 1911. Daraus sollen auf das insgesamt von 6 auf 8 Millionen Mark erhöhte Kapital wieder 12 Prozent Dividende gleich 780 000 Mk. (540 000 Mk.) ausgeschüttet, 30 000 Mk. zu Wohlfahrtszwecken verwandt und 223 074 Mk. (186 511 Mark) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Ueber die Situation in der Papierindustrie äußert sich die Verwaltung im Geschäftsbericht unter anderem folgendermaßen: „Die sinkende Preisbewegung der letzten Jahre kam in 1912 zum Stillstand, und namentlich gegen Ende des Jahres war es möglich, die Preise allmählich aufzubessern. In das Geschäftsjahr 1913 sind wir mit wesentlich höheren Weltständen an Aufträgen als im Anfang des Jahres 1912 herübergegangen.“ Ueber die Aussichten im laufenden Jahre, namentlich in den neuerbauten Werken in Obermünde, heißt es: „Wir dürfen uns mit Rücksicht auf die günstige Lage und die zweckmäßige Einrichtung unserer Fabriken in Obermünde sowie auf unsere Erfahrungen in Betrieb und Abzug wohl der Hoffnung hingeben, daß sich auch die neuerbauten Werke in ähnlich günstiger Weise wie unsere älteren Anlagen, entwickeln werden.“ Nur schade, daß die Arbeiter dieses sich so gut rentierenden Werkes noch zu wenig tun, um auch ihre Löhne „allmählich aufzubessern.“ Ganz besonders ist die Arbeiterschaft in K o s e l von einer geradezu bewauerlichen Interesslosigkeit.

— **Durch Fahrlässigkeit des Unternehmers in den Tod.**
Wegen fahrlässiger Tötung hatten sich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts der Fabrikbesitzer Ernst Emil Braun und dessen Werkführer Max Emil Wagner, beide aus Rodau-Vengelsfeld, zu verantworten. Beide werden beschuldigt, durch Fahrlässigkeit den Tod des Arbeiters Klemm herbeigeführt zu haben. Der Angeklagte Braun ist Inhaber einer Pappfabrik in Rodau bei Vengelsfeld. Im Betriebe der Fabrik befand sich ein Fahrstuhl, der der Beförderung von Papp nach dem Treppenboden diente. Am 15. November v. J. waren die Fabrikarbeiter Klemm und Schönherr damit beschäftigt, aus diesem Fahrstuhl Papp auszuladen, als der Tragort des Fahrstuhls rief. Klemm verlor das Gleichgewicht und stürzte dem Fahrstuhl nach in den Fahrstuhlschacht. Er fiel auf einen Eisenbügel auf und war sofort tot. Es wurde ermittelt, daß der Fahrstuhlgurt nicht weniger als sieben- bis achtmal gerissen, aber dennoch nach einer provisorischen Instandsetzung durch den Werkführer wieder benutzt worden war. Der Sachverständige, Zivilingenieur Lindner, Chemnitz, bezeugte die Fahrlässigkeit als mangelhaft. Das Gericht verurteilte deshalb die Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung, und zwar Braun zu vier und Wagner zu drei Monaten Gefängnis. Im Anbetracht der geradezu handlungslosen Fahrlässigkeit und der schweren Folgen des Unfalls ist die Bestrafung sehr milde ausgefallen. Man vergleiche das Urteil nur einmal mit dem des Breslauer Gerichts gegen einen Arbeiter, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er einem unorganisierten Mitarbeiter einige „grobe Redensarten“ an den Kopf geworfen hatte.